

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

### Abonnements-Einladung.

Für das III. Quartal eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

### „Berliner Volksblatt“

nebst dem wöchentlich erscheinenden Sonntagsblatt.

Der Abonnementpreis beträgt frei ins Haus für das ganze Vierteljahr 3 Mark 30 Pf., monatlich 1 Mark 10 Pf., wöchentlich 28 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie von der Expedition unseres Blattes, Beuthstr. 3, entgegen- genommen.

Wir müssen nachdrücklich darauf verweisen, daß es endlich an der Zeit ist, daß die Arbeiter Berlins sich von der gegnerischen Presse emanzipiren. Zu den Gegnern gehören auch die sogen. unparteiischen oder politisch-farblosen Blätter. Sie gerade gehen nur darauf aus, die große Masse in der Unwissenheit zu erhalten, um sie desto ungestörter auszunützen zu können.

Ein aufgeklärter Arbeiter liest nur die Arbeiterpresse!  
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen für das Vierteljahr gegen Zahlung von 3 Mark 30 Pf. an.

### Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

### Allerlei Wandlungen.

Es wird öfter betont, daß Herr Miquel, der neue Finanzminister, in seinen jungen Jahren einmal Sozialist von ganz rother Färbung oder sogar Kommunist gewesen sei. Einem hervorragenden Politiker, der in die Regierung kommt, werden solche kleinen „Zugendsünden“ nicht so leicht verziehen und er muß sich schon gefallen lassen, daß in seiner Vergangenheit gewählt wird. Herr Miquel ist indessen mit seinen politischen Wandlungen in zahlreicher Gesellschaft; wir finden noch bei einer Reihe von bekannten Politikern, daß sie in ihrer Jugend radikalen Anschauungen zugethan waren, während sie später „nüchtern“ wurden und zum Theil sogar sich solche „Mäßigung“ auferlegten, daß man sie für geeignet erachtete, in konservativen Regierungen mitzuwirken.

Bei Lothar Bucher prägt sich diese Wandlung noch viel schärfer aus als bei Miquel. Bucher war in den Stürmen des Jahres 1848 als rother Republikaner aufgetreten und als solcher in die preussische Nationalversammlung gewählt worden. Seine Haltung hatte die Reaktionen so erbittert, daß er in dem bekannten Steuer-verweigerungs-Prozess zu 15 Jahren Gefängniß und „Verlust der Nationaltolarde“ verurtheilt wurde, welche letztere er jetzt wohl wieder tragen darf. Als

er aus dem Ausland zurückkam, ward er mit Lassalle bekannt und war noch so radikal, daß er dem genialen Stürmer und Dränger vorwarf, er ginge nicht weit genug. Er sagte, die Lassalle'schen Produktiv-Assoziationen würden nur „neue soziale Bourgeois“ schaffen. Noch lange Zeit nachher gehörte Bucher der Internationale an. Als er es für klug fand, sich „um die Regierung zu ralliren“, wie er an Karl Marx schrieb, ward er die rechte Hand Bismarcks; das allgemeine Wahlrecht, der Kulturkampf, die Sozialgesetzgebung sind auf seine Anregung zurückzuführen.

Herr Michaelis hatte eine gleichfalls sehr wunderbare Wandlung durchgemacht. Bevor er vortragender Rath wurde, pflegte er die Wirtschaftspolitik der Regierung, die er nachher so eifrig vertrat, sehr scharf zu kritisiren.

Nicht alle kamen in die Regierung, die sich solcher Wandlungen bestreiftigten, aber in Amt und Würden sind die meisten gekommen. Herr von Bennigsen, der verunglückte und hartnäckige Ministerkandidat, ist auch einer von ihnen. Auch er hatte einst demokratische Neigungen. Als er in Hannover das Ministerium Borries belämpfte, trug die von ihm geführte Opposition einen sehr demokratischen Charakter. Noch als Herr von Bennigsen den Nationalverein ins Leben rief, sah er sich genöthigt, dessen Programm mit einem Tröpflein demokratischen Oels zu versehen. Dann kam seine Zeit und er wurde nationalliberal. Bis zum Oberpräsidenten hat er's gebracht, weiter nicht. Das ist jedenfalls der Schmerz seines Alters, wenn er an den glücklicheren Parteigenossen denkt.

Der „rothe Becker“ — der Name sagt Alles — war zuletzt Oberbürgermeister von Köln und Herrenhausmitglied. Seine Laufbahn begann im Kommunistenbünd und er ward wie Bürger's als Kommunist verurtheilt. Bürger's pflegte später die Sache so darzustellen, als seien beide unschuldig verurtheilt worden, d. h. sie seien gar keine Kommunisten gewesen. Aber man lese Becker's Vertheidigungsrede und man wird in diesem meisterhaften Opus den Beweis finden, daß er ein Kommunist war.

So könnte man noch eine Menge von Namen aufzählen. Bamberger, einst der politische Führer der Schilderhebung von 1849 in der Rheinpfalz, wurde später ein Führer der Nationalliberalen und kann darum, ob schon heute wieder in der Opposition, keinen rechten politischen Kredit wieder finden. Mathy, vor 1848 Republikaner, war später nationalliberaler badischer Staatsminister, Forckenbeck und Sneyd, noch in der Konfliktzeit ziemlich wild, wurden nationalliberal;

Reichensperger, einst „liberal“, ist heute Zentrumsmann. Auch aus der Reihe weniger berühmter Leute mit Wandlungen seien Einige genannt. Feld und Jung, die im März 1848 und nachher so berühmten Redner der jungen Berliner Demokratie, gingen der Eine zur Reaktion, der Andere zum Nationalliberalismus über, und Gottschall, der 1848 Barrikadenlieder herausgegeben hatte, ist heute mehr als konservativ. Der Straßendemat Braß von ehemals gab sein Blatt, die „Norddeutsche Allgemeine“, zum Leiborgan Bismarcks her, und sein Nachfolger, Herr Kommissionsrath Binder, soll polnischer Insurgent gewesen sein.

Diese Wandlungen bekannter Personen haben in den Parteikämpfen schon eine große Rolle gespielt und selbstverständlich war es den „Verwandelten“ niemals arge- nehmer, wenn man ihnen den Spiegel der Vergangen- heit vorhielt. Wenn wir heute davon reden, so geschieht es nur, um zu zeigen, daß wir es in diesen Wandlungen mit einem Stück Naturgeschichte unserer Bourgeoisie zu thun haben. In den vormärzlichen Zeiten unter dem Druck des Absolutismus war sie allen extremen An- schauungen geneigt; das „junge Deutschland“ liefert den Beweis dafür in seinen Schichten. Die literarischen Vor- läufer der modernen deutschen Bourgeoisie vertraten in Be- zug auf Eigenthum, Ehe, Staat u. s. w. Grundsätze, die den Spießbürgern von heute ein starkes Gruseln verursachen würden. Nach 1848 schlug die Bourgeoisie erst wild aus; als aber das Volk in Masse auf dem Kampfsplatz erschien und seine Menschenrechte forderte, da ward die Bourgeoisie kopfscheu, begnügte sich mit einigen Zugeständnissen und lehnte sich an die Regierungen an, die ihr für ihre Versöhnung ihre Klassenvorrechte sicherten. So versank das ehemals so demokratische Bürgerthum Deutschlands in die alte politische Unterthänigkeit und die Führer hatten keinen Boden mehr unter den Füßen, gerade wenn sie ihre Gesinnung behielten. Philosophische Charaktere von unbeugsamer Stärke, wie Johann Jacoby, zogen sich zurück; die anderen aber „rallirten“ sich um die herrschende Gewalt. Die Reste der alten Demokratie lebte im preußi- schen Konflikt noch einmal auf; Bismarck's Erfolge vernichteten sie. Das Bürgerthum verlor allen demokratischen Geist, nachdem der Mann von „Blut und Eisen“ es gebeugt hatte.

Man sieht sonach, daß die Wandlungen gewisser Politiker mit der Entwicklung des ganzen Bürgerthums zusammenhängen. Wenn die Masse nicht demokratisch ist, wie können es die Führer sein?

Aber die Bourgeoisie hat auch gar nicht mehr den Beruf, die Welt mit demokratischem Geiste zu erfüllen. Diese Aufgabe haben die Arbeiter übernommen und sie haben es dahin gebracht, daß in der Arbeiterwelt schon

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

72

### „Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Beinkleider in Percail, Leinwand, Piqué; endlich Hemden mit Knöpfen für die Nacht, dann ausgeschnittene für den Tag, über die Schultern nur durch schmale Bänderchen zusammengehalten. Hemden und Calicot, von irän- discher Leinwand, Battist u. s. w. Endlich in der Abtheilung für Ausstattungen ein indiscretés Auspucken der Frauen- wäsche, gleichsam das umgestülzte Weib, das man von unten betrachtet, angefangen von der kleinen Bourgeoisie, die sich mit Leinwand bekleidet, bis zur reichen Dame, die sich in Spitzen hält. Es war, als ob man einen riesig großen Al- lerten für das Publikum geöffnet hatte. Endlich noch der Saal für Kindswäsche, wo die wollüstige Wäsche der Frau mit der keuschen Wäsche des Kindes endigt: die Unschuld, die Freude, die Geliebte, welche als Mutter erwacht, Mädchen von Piqué, Häubchen von Flanel, Hemdchen und Daubchen, nicht größer, als ob sie für kleine Püppchen bestimmt wären, Taufkleidchen, Mäntelchen von Cachemir und dergleichen mehr. Hier lief Pauline herbei, sobald sie Denisen bemerkte und bevor diese noch sagen konnte, was sie wünschte, befragte sie sie über die Gerüchte, welche über ihren Austritt im ganzen Magazin im Umlauf waren. Sie schien sehr bewegt. In ihrer Abtheilung, erzählte sie, hätten sich

zwei Verkäuferinnen darüber gestritten; die Eine behauptete, Denise werde sicherlich austreten, die Andere stellte dies in Abrede.

— Sie werden bei uns bleiben, nicht wahr. Ich habe meinen Kopf gewettet, daß Sie bleiben. Was wird aus mir, wenn Sie gehen?

Und als Denise erwiderte, daß sie am folgenden Tage gehen werde, fügte sie hinzu:

— Nein, nein, ich kann nicht daran glauben. Jetzt, da ich ein Kleines bekommen soll, müssen Sie mich ja zur zweiten Vorsteherin ernennen lassen. Dauge zählt mit Ge- wisheit darauf, meine Liebe.

Pauline sagte das mit lächelnder Miene. Dann reichte sie die 6 Hemden hin, welche verlangt wurden, und nachdem Jean sagte, daß sie nunmehr in die Abtheilung für Taschentücher gehen müßten, rief sie eine Aushelferin herbei, damit sie die Hemden und den Paletot ihnen nachtrage. Diese Aushelferin war Fräulein von Fontenaille, seit Kurzem mit Josef verheirathet. Um ihr eine besondere Gunst zu erweisen, hatte man sie zur Aushelferin avanciren lassen. Sie trug eine große schwarze Blouse mit einer Nummer von gelber Leinwand auf der Schulter.

— Folgen Sie dem Fräulein, sagte Pauline.

Dann zu Denisen gewendet, fügte sie leise hinzu:

— Ich werde zweite Vorsteherin, nicht wahr? Das ist abgemacht.

Denise versprach ihr dies lachend und entfernte sich. Sie ging mit Pepe und Jean hinab, begleitet von der Aus- helferin. Im Erdgeschoß kamen sie in die Wollwaaren-Ab- theilung, welche ganz mit weißem Moleton und weißem Flanel überzogen war.

Diénard, den sein Vater vergebens nach Ungers zurück- berief, plauderte hier mit dem schönen Mignot, der Malter geworden war und die Stirne hatte, sich im „Glück der Damen zu zeigen. Sie hatten ohne Zweifel von Denise gesprochen, denn sie blieben jetzt pöblich still und grüßten sie mit übertriebener Höflichkeit. In allen Abtheilungen, welche sie durchschritt, verneigten sich die Kommiss stumm, in der Ungewißheit, was sie morgen sein werde. Man flüsterte, man fand sie siegreich austretend und die Wetten begannen von Neuem. Die Abtheilung für Taschentücher lag am andern Ende der Galerie; sie kamen überall an Weißwaaren vorüber. Es kamen da Kotons, Ma- dapolans, Basins, Piqués, Calicots, Mouffelines, Tarlatans, dann Leinwand in ungeheueren Stößen, schmale und breite, grobe und feine; es folgten Abtheilungen für alle Gattungen und Wäsche, Hauswäsche, Tafelwäsche, Küchen- wäsche, Bettwäsche, Servietten, Tischtücher, Schürzen und Wischlappen. Und überall wurde sie gegrüßt, die Leute bildeten ganze Reihen um Denisen Platz zu machen; in der Leinwand-Abtheilung war Baug's ihr entgegengeeilt, um ihr einen unterthänigen Gruß zuzulächeln. Endlich langte sie in der Abtheilung für Taschentücher an, deren kunstreiche Dekorationen die Menge in die größte Verwunderung ver- setzten: weiße Säulen, weiße Pyramiden, weiße Schächer, eine komplizierte Architektur, ausschließlich auch Taschentücher in Linon, in Battist, irändischer Leinwand, chinesischer Seide, chiffriert, gestickt, mit Spitzen besetzt, mit angefehtem à jour-Saum und eingewebten Bignetten; eine ganze Stadt von weißen Ziegeln in unendlicher Abwechslung.

— Ein Duzend brauchst Du noch? fragte Denise ihren Bruder.

ein frischer, wahrhaft demokratischer Aufzug zu verspüren ist. Sie wollen nicht an Stelle der alten Vorrechte neue setzen, wie die Bourgeoisie gethan. Ihnen ist ihre Sache nicht nur Sache des Vaterlandes, sondern auch Sache des Herzens.

Drum wird die junge Arbeiterbewegung mit Ernst die gesellschaftlichen Probleme behandeln, die von der Bourgeoisie nur als Spielerei behandelt worden sind.

## Korrespondenzen.

Paris, den 26. Juni 1890. Gegen Mitte Juni hat in Lyon der von Lyoner Lokalrath des Nationalverbandes der französischen Arbeitergewerkschaften und Korporationsgruppen organisierte Nationalkongress der Gewerkschaften vom Südosten Frankreichs stattgefunden. Aus den Departements Rhône, Loire, Isère, Ain, Saône et Loire waren durch 180 Delegirte 71 Organisationen vertreten, von denen verschiedene mehrere Gewerkschaftsgruppen und Lokalföderationen umschließen. Die Arbeitsbörsen von St. Etienne z. B. repräsentirt allein mehr als dreißig Syndikatskammern. Das Organisationskomitee des Kongresses hatte im Voraus festgesetzt, daß keinerlei Vertreter politischer Organisationen zugelassen werden sollten. Trotzdem hatten sich mehrere Delegirte sozialistischer Vereine angemeldet, welche nach Prüfung der Mandate autorisirt wurden, den Sitzungen beizuwohnen, ohne jedoch das Wort zu den Debatten ergreifen und abstimmen zu dürfen.

Laut seiner Tagesordnung hatte sich der Kongress über die Beteiligung des französischen Gewerkschaftsverbandes am nächsten internationalen Kongresse und über die eventuell diesem vorausgehende Veranstaltung eines Nationalkongresses schließend zu machen. Verschiedene Redner vertraten die Ansicht, daß die französischen Gewerkschaften sich nur an einem internationalen Kongresse zu beteiligen hätten, da nur ein solcher von Bedeutung sei und nur Resultate zeitigen werde. Die Manifestation vom 1. Mai habe gezeigt, von welcher Wichtigkeit die internationale Verständigung, das internationale Vorgehen der Arbeiterschaft aller Länder sei. Andere Delegirte führten jedoch aus, daß die einem internationalen Kongresse voranzugehende Einberufung eines Nationalkongresses ein Ding der Nothwendigkeit sei. Die französischen Delegirten müßten auf den internationalen Kongress ein genau bestimmtes, studirtes und vollständiges Mandat mitbringen und im Namen des ganzen arbeitenden Frankreichs sprechen können. Die Organisation eines Nationalkongresses sei mit Rücksicht hierauf unerlässlich.

Die Vertreter der Gewerkschaft der Maschinenbauer und verwandten Berufszweige appellirten an die Brüderlichkeit aller Völker, um einen Krieg oder dem Bankrott zu entgehen. Dem Ruf: „Es lebe das Vaterland“ müßte die Parole: „Es lebe die freie Menschheit“ entgegen gestellt werden. Leider brachten dann die nämlichen Delegirten die Seeschlange oder richtiger den Sturm, der in Frankreich nicht leben kann und der nicht sterben will, des Generalstreiks, vor den Kongress. Dieser hat jedoch über den Antrag nicht abgestimmt. Der Kongress erklärte sich darauf 1. für die Veranstaltung eines vorbereitenden Nationalkongresses, 2) für Besichtigung des einheimischen internationalen Kongresses, der laut Beschluß des Pariser internationalen Kongresses 1891 in der Schweiz oder in Belgien stattfinden werde, 3) endlich für ein kollektives Mandat der Delegirten, welche den Regionalverband der Gewerkschaften des französischen Südostens auf dem Nationalkongress zu Calais vertreten.

Der Kongress hat seine Arbeiten in zwei geschlossenen Sitzungen erledigt, an welche sich eine große öffentliche, ungemein zahlreich besuchte Versammlung angeschlossen. Fast sämtliche Redner kamen in derselben auf das Gelingen und die hohe Bedeutung der Manifestation zurück. Der sozialistische Deputirte Lachize führte z. B. aus, daß die Manifestation alle Erwartungen übertraffen und das Ansehen der Arbeiterbewegung wesentlich gestärkt habe. Die Beschränkung der Arbeitszeit, die gesicherte Koalitionsfreiheit seien von größtem Werthe für den friedlichen und imposanten Fortgang der Arbeiterbewegung zu ihrem Ziele, der Emanzipation der Arbeiterklasse.

Mit besonderem Interesse ward der Bericht aufgenommen, welchen die Vertreterin der Syndikatskammer der Gimpnarbeiterinnen und Gimpnarbeiter verlas. Die Bürgerin Rey konstatarie in demselben, daß die tägliche Arbeitszeit 14 Stunden, der Tagesverdienst 1 Fr. 50 Cts. und höchstens 2 Fr. betrage. Infolge ihrer traurigen Lage seien die Mitglieder der Syndikatskammer überzeugt, daß sofern sich nicht ein Gesetz zu ihrem Schutze ins Mittel lege, sie demnächst Hungers sterben müßten. Die Arbeitsherrn machten die Arbeiter gleichzeitig zu Sklaven und zu Märtyrern. Mit Hilfe des Gesetzes über die Freiheit der Arbeit sei der Patron im Stande, seine Arbeiter zum Hungertode zu verurtheilen. Die Einigung aller Arbeiter sei unbedingt nöthig, um dem immer riesiger anschwellenden Uebel einen Damm entgegenzusetzen, und der 1. Mai habe bewiesen, daß sich die Ar-

— Ja, von diesem Muster, sagte er, auf ein Taschentuch zeigend, das sich im Packet befand.

Jean und Pepe wichen nicht von ihrer Seite, sie drängten sich an sie, ganz wie ehemals, als sie gebrochen von den Strapazen der Reise in Paris ankamen. Diese ungeheuren Magazine, wo sie zu Hause war, brachte die beiden Brüder in Verwirrung; sie suchten Schutz bei „Mütterchen“. Alle Blicke folgten ihnen, man lächelte über diese beiden großen Burtschen, welche Schritt für Schritt diesem schwächlichen, ersten Mädchen folgten. Jean, fast erschrocken über den eigenen Bart, Pepe verlor in seiner Schüler-Tuniquie, alle drei von dem nämlichen Blond, einem Blond, das auf ihrem ganzen Wege in allen Abtheilungen ein Geflüster hervorrief.

— Das sind ihre Brüder . . . das sind ihre Brüder . . .

Doch, während Denise nach einem Kommiss suchte, gab es eine Begegnung. Monret und Bourdoncelle betraten die Gallerie und eben als Erstere wieder vor dem Mädchen stehen blieb, kam Mme. Desforges und Mme. Guibal vorüber. Henriette unterdrückte das Beben, in welchem ihr Körper zusammenschauerte. Sie schaute auf Monret und dann auf Denise. Und auch diese beiden betrachteten Henriette; es war eine stumme Lösung, der gemeinsame Abschluß der großen Herzensdramen. Schon hatte Monret sich entfernt, während Denise, gefolgt von ihren Brüdern, im Hintergrunde der Abtheilung sich verlor, noch immer auf der Suche nach einem Kommiss. Henriette erkannte jetzt das Fräulein von Fontenailles in der Aushelferin, welche Denise folgte, mit ihrer gelben Nummer auf der Schulter, ihrem vergrößerten, fahlen Gesichte einer Magd. Bei diesem Anblicke machte sie ihrem Horne Luft, indem sie mit gereizter Stimme zu Mme. Guibal sagte:

— Schauen Sie, was er aus dieser Unschuldigen gemacht hat! Ist das nicht beleidigend? Eine Märkte . . . Und er zwingt sie, wie ein Hund den Kreaturen zu folgen, die er auf dem Straßenpflaster aufgefressen.

Sie suchte indessen sich zu beruhigen und fügte mit gehäuchelter Gleichgültigkeit hinzu:

— Betrachten wir uns einmal die Seiden-Ausstellung. Die Seiden-Abtheilung glich wieder einem großen Liebes-

beiter aller Länder zum unlöslichen Bunde zusammenschließen, um ihr Recht zu fordern, das Recht, arbeitend zu leben.

Die Verhandlungen des Kongresses, sowie die in der öffentlichen Versammlung entwickelten Gesichtspunkte tragen noch recht deutlich den Charakter der Unklarheit über Ziel und Taktik, welches die französische Gewerkschaftsbewegung im Großen und Ganzen charakterisirt. Diese Unklarheit, zusammen mit ausgesprochener Hinneigung zum Sozialismus, erklärt sich aus dem Umstande, daß sich die bei weitem große Mehrzahl der französischen Syndikate prinzipiell außerhalb der sozialistischen Parteien halten, während sie sich nicht der sozialistischen Zeitströmung entziehen können. Die von Barbaret 1872 inaugurierte Bewegung eines Nichtsalsgewerkschafts liegt so wenig im Charakter der Franzosen, daß dieselbe schon in den ersten Jahren von dem gewerkschaftlichen aus politische Gebiet hinüber spielte. Unter dem Einflusse der Sozialisten trat von 1878 an der nichtsalsgewerkschaftliche Charakter der Korporationsgruppen langsam aber stetig in den Hintergrund. 1878 ging die Bewegung auf dem Kongress zu Marseille offiziell zum Sozialismus über. Freilich stellte sich bald heraus, daß den meisten Syndikaten die Gewerkschaftsleiter nach Schulze-Deitschem Muster ebenso fern lag, wie der moderne, wissenschaftliche Sozialismus. Sie erwiesen sich im Allgemeinen als wenig solide Gebilde, in denen die Geister aller Kleinbürgerlichen, utopistischen Sozialisten, hier und da nur etwas moderne Kostümirt, herumspukten. Als die junge sozialistische Partei zerfiel, trug gerade die Unklarheit und Verschwonnenheit der Syndikate mächtig zu den Wirren und Spaltungen bei. Seit der Spaltung hat sich ein großer Theil der Pariser Gewerkschaften an die possibilistische Partei angeschlossen, ein anderer Bruchtheil hält eine gewisse, lockere Fühlung mit den Marxissten, ein dritter mit den „unabhängigen Sozialisten“.

Die Gewerkschaften der Provinz dagegen gehen der Mehrzahl nach durchaus unabhängig von den sozialistischen Fraktionen vor, deren Schulzwichtigkeit sie erschrecken und verwirren. Gerade aber dadurch sind sie vielfach der Zummelpfad von ähnlichen, sozialistisch angehauchten, aber höchst unklaren Elementen geworden, denen geklärter sozialistischer Einfluß innerhalb der Organisationen kein Gleichgewicht halten kann. So kommt es, daß gerade von den Gewerkschaften Fragen, wie die des Generalstreiks zc., aufgeworfen werden, mit denen die französischen Sozialisten schon lange fertig geworden sind. Dies zeigte sich auch auf dem Lyoner Kongress, aber trotzdem markirt derselbe einen Fortschritt. Der Generalstreik konnte zwar noch debattirt, aber nicht mehr votirt werden, während doch noch auf den Nationalkongressen der Gewerkschaften von Bordeaux und Tropes (beide 1888), auf denen sozialistische Organisationen vertreten waren, der nothen und bescheidenen Gemüthern so theure Unfuss des Generalstreiks zum Beschluß erhoben ward.

Der Einfluß des internationalen Kongresses von Paris, wo der allgemeine Streik nur einen lächerlichen Erfolg hatte, und wo Liebknecht mit zwei Worten das Kartenhaus der Forderung umwarf, macht sich in dieser Beziehung entschieden fühlbar. Ueberhaupt zeigte sich an einer Menge von Symptomen, wie befruchtend dieser Kongress und die Mainmanifestation auf Fortgang und Klärung der französischen Gewerkschaftsbewegung gewirkt hat, ganz besonders lebhaft hat sich dieselbe mit der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine internationale Verständigung und Aktion der Arbeiter aller Länder eine unumgängliche Voraussetzung des weiteren Fortschrittes der Arbeiterbewegung ist.

## Politische Uebersicht.

Ein internationaler Arbeiterkongress wird bekanntlich im Zusammenhang mit der internationalen Industrieausstellung geplant, welche im Jahre 1893 — zur vierhundertjährigen Feier der Entdeckung von Amerika in den Vereinigten Staaten, und zwar, wie jetzt festzustellen scheint, in Chicago stattfinden soll. Wie man uns mittheilt, ist in der letztgenannten Stadt bereits ein Arbeiterkomitee gebildet worden, welches den Kongress vorzubereiten hat. Am zweiten Dienstag d. Mts., also künftigen Dienstag sollen die Einladungschriften nach Europa abgehen.

Auf dem Pariser Arbeiterkongress wurde, wie aus dem Kongressprotokoll ersichtlich, der Beschluß gefaßt, den nächsten internationalen Arbeiterkongress im Jahr 1891 abzuhalten, und die belgischen und schweizerischen Arbeiter mit der Ausführung zu betrauen. Unter solchen Verhältnissen wird es nothwendig sein, bei Zeiten eine Berstänigung herbeizuführen, damit keine Verwirrung entstehen kann.

Aus Leipzig schreibt man uns d. d. 30. Juni: Vorgestern Nacht ist unsere Stadt einer ungeheuren Gefahr entgangen — einer furchtbareren Katastrophe, als die Explosion eines Pulvertransportes oder Dynamitlagers, oder der Bruch von Deichen gewesen wäre, die bedäuflich in der Nähe unserer

gemach, ganz weiß drapirt. Alle milchweißen Farben eines angebeteten Körpers fanden sich hier zusammen, von dem Sammt der Lenden bis zu der feinen Seide der Schenkel und dem leuchtenden Satin der Brust. Zwischen den Säulen waren weiße Sammtstücke aufgehängt. Von dem kreme-weißen Hintergrunde hoben sich Draperien von Seide und Satin in dem Weiß des Metalls und des Porzellans ab: dann gab es poults de soie und Sicilienie. Foulards und leichte Surahs, in allen Nuancen, von dem fatten Weiß einer norwegischen Blonden bis zu dem durchsichtigen, von der Sonne durchglühnten Weiß einer italienischen oder spanischen Nothhaarigen.

Favier maß soeben weißen Foulard für die „häßliche Dame“, jene elegante Blonde, die eine regelmäßige Kundschafft der Abtheilung war und von den Kommiss nur mit der obigen Benennung bezeichnet wurde. Sie kam seit Jahren in das Magazin und man wußte noch immer nichts von ihr, weder ihr Leben, noch ihre Adresse, noch ihren Namen. Uebrigens suchte Keiner Näheres zu erfahren, wenn gleich Alle sich in Vermuthungen erschöpften, so oft sie erschien. Bald war sie abgemagert, bald war sie fetter geworden, bald hatte sie gut geschlafen, bald wieder war sie zu spät schlafen gegangen. An diesem Tage schien sie sehr heiter zu sein. Als Favier von der Kasse zurückkehrte, zu der er sie geleitet hatte, tauchte er mit Hutin seine Bemerkungen aus.

— Vielleicht steht sie im Begriff, sich wieder zu verheirathen.

— Ist sie denn Wittve? fragte der Andere.

— Ich weiß nicht; aber Sie erinnern sich, daß sie einmal in Trauer war . . . Vielleicht auch hat sie an der Börse gewonnen.

Hutin war nachdenklich geworden. Er hatte zwei Tage vorher mit der Direktion eine lebhafteste Auseinandersetzung gehabt und er fühlte, daß er verloren sei. Nach dem großen Ausverkauf wird er sicherlich entlassen werden. Favier hatte bereits die Zusage, an seine Stelle zum ersten Kommiss ernannt zu werden. Anstatt ihn zu ohrfeigen, war Hutin vielmehr von einem gewissen Respekt

„Seestadt“ nicht zu finden sind. Eigenthum und Leben sämtlicher Einwohner waren von dem entsetzlichen Schicksal bebroht — der Tod lauerte in tausend Gestalten hinter jedem Einwohner, und die Brandfackel der Zerstörung umzingelte jede Hütte, jedes Haus, jeden Pallast, jedes Magazin — kurz das „Eigenthum“ in jeder Gestalt. Als vor dritthalbhundert Jahren die Schweden und die Kaiserlichen vor den Thoren einander bekämpften, war die Gefahr lange nicht so groß. Und das Unheimliche war: sie war genau auf die Sekunde voraus verkündigt — mit dem letzten Glodenschlag der Mitternachtstunde brach das Verderben herein und wurde Klein-Paris von einer Bartholomäusnacht heimgeführt, verglichen mit welcher die von Groß-Paris reines Kinderspiel war.

Nun — die Glocke hat 12 geschlagen und beim letzten Glodenschlag der Geisterstunde in der ewig denkwürdigen Schreckensnacht des 28. auf den 29. Juni 1890 ereignete sich das Unerhörte — nämlich Nichts. Mit Ausnahme etlicher Tausend reichstreuere Hasenherzen, die in ebenso viele reichstreuere Kartellhosen fielen, fiel Nichts und fiel Niemand zu Boden — nicht eine Maus, nicht einmal eine Fliege. Leipzig blieb stehen, und steht heute noch auf dem alten Fleck — und wenn man von den Besitzern der oben erwähnten Kartellhosen mit den reichstreuere Hasenherzen absieht, so sind nur vergnügte Gesichter zu erblicken. Und zwar sehr vergnügte Gesichter; denn die Heimkehr der Verbannten hat Tausenden und Abertausenden Freude bereitet. Nur wenige sind zurückgekommen — mancher ist im Elend gestorben, andere sind über's Meer gejagt worden, und die meisten haben sich in den neun Jahren der Verbannung andere Heimstätten gegründet. Es werden nicht viel über ein Duzend gewesen sein, die am Sonntag einzogen, geleitet von den Gewissen, die laminenartig anschwellend, ihnen durch die Vorstadtdörfer das Geleite gaben. Die Polizei glänzte durch Abwesenheit und Alles verlief in musterhafter Ordnung und in wehevoller Stimmung. An ergreifenden Szenen fehlte es nicht; wer dabei war, wird es sein Lebtag nicht vergessen. Auch des Mannes in Friedrichsruh ward gedacht, und seiner Mitschuldigen, und wie sicher die Nemesis ihres Amtes walte.

Das „Tageblatt“ und die „Leipziger Zeitung“ bringen kein Wort über die Heimkehr der Verbannten. Schaum ist's gewiß nicht, aber Kassandra will nicht sagen, daß sie sich lächerlich gemacht.

Das „Leipziger Tageblatt“ triumphirt, daß „Volk“ habe also doch Unrecht gehabt mit seiner Meldung, die sächsische Regierung habe die Verlängerung der Belagerungszustandes beantragen wollen. Nein, das „Volk“ hat nicht Unrecht gehabt. Die sächsische Regierung hatte diese Absicht, und gab sie erst auf, nachdem sie sich überzeugt, daß andere Bundesmitglieder ein solches Vorgehen befremdlich fanden.

Die Frage ist jetzt bloß, wie lang wird Herr von Noitz-Wallwitz, der Mann des „kleinen Belagerungszustandes“, noch im Amt bleiben?

Mehr Polizei verlangt schon jetzt die bürgerliche Presse für die Zeit nach der Sozialistengehe. So schreibt die „Menschl. Allg. Ztg.“: „In den bisherigen Orten des kleinen Belagerungszustandes wird den Polizeibehörden nach dem 1. Oktober d. J. jedenfalls eine erhöhte Thätigkeit und eine größere Verantwortung erwachsen. Die Sozialdemokratie rüstet sich unangesehnt um dann von allen gemeinrechtlichen Freiheiten in der Abhaltung von Versammlungen, Gründung von Vereinen und Häusern gründlich Gebrauch zu machen. Die Nothwehr, die hieraus den Aufsichtsbehörden erwächst, dürfte wohl in den nächsten Tagen durch Mehranstellung von Kräften sich ausdrücken.“ — Durch die Verabschiedung des Herrn Krüger und seines Stabes könnte vielleicht eine Menge Geld gespart werden.

Der Bundesrath wird, wie die „Menschl. Allg. Ztg.“ meint, nach der Verabschiedung des Reichstags nur noch eine, höchstens zwei Sitzungen abhalten und dann Ferien machen. Es sind noch einige Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen und namentlich wird über Reichstagsbeschlüsse, besonders über die vom Reichstag beschlossenen Abträge an dem Nachtragsetz für die Verbesserung der Reichsbeamten-Gehälter, Entscheidung zu treffen sein. In der Genehmigung des genannten Nachtragsetz mit den Änderungen des Reichstags ist nicht zu zweifeln. Der Bundesrath wird in diesem Sommer seine Arbeiten voraussichtlich etwas später wieder aufnehmen, als in den Vorjahren. In diesen war die Wiedereröffnung der Sitzungen im Wille September hauptsächlich deshalb erforderlich, weil Anträge auf Verlängerung des

für diesen kühlen Burtschen erfüllt, dem es gelungen, ihn aus dem Sattel zu heben.

— A propos, sagte Favier, Sie wissen doch, daß sie bleibt? Der Patron ist wieder viel heiterer.

Er sprach von Denise. Das Beträttsche pflanzte sich wieder fort, von Abtheilung zu Abtheilung.

— Sacrédié! rief Hutin; ich war doch recht dumm, daß ich nicht mit ihr geschlafen habe! Heute wäre ich ein gemachter Mann!

Als er aber Favier lachen sah, erdthete er und versuchte gleichfalls zu lachen. Um den üblen Eindruck des Gesagten zu verwischen, sagte er, dieses Geschöpf sei es, das seine Position untergraben habe. Doch jetzt erschien plötzlich ein Lächeln auf seinen Lippen; er sah die Damen Guibal und Desforges in der Abtheilung erscheinen.

— Sie bedürfen nichts, Madame? fragte er.

— Nein, erwiderte Henriette. Wie Sie sehen, gehe ich spazieren. Ich bin nur als Neugierige erschienen.

Er dämpfte die Stimme, als er sie ansprach. Ein ganzer Plan leimte in ihm auf. Er schmeichelte ihr, zerfaserte das Haus; er habe genug, sagte er; er wolle lieber gehen, als einer solchen Unordnung länger beiwohnen. Sie hörte ihm entzückt zu. In dem Streben, ihn dem „Glück der Damen“ zu entführen, machte sie sich anheißig, ihm die Stelle eines ersten Kommiss in der Seidenabtheilung bei Vouthemont zu verschaffen, sobald die Magazine „zu den vier Jahreszeiten“ wieder eröffnet würden.

Die Angelegenheit wurde abgeschlossen; sie flüsterten leise miteinander, während Mme. Guibal aufmerksam die Auslagen betrachtete.

— Darf ich Ihnen ein Weichenbouquet anbieten? fragte er sie dann laut, indem er von einer Kasse mehrere kleine Bouquets holte.

— Oh nein, ich danke! rief Henriette, zurückweichend. Ich will an der Hochzeit nicht theilnehmen.

Sie begriffen einander und trennten sich unter verständnißvollen Blicken.

(Fortsetzung folgt.)

Keinen Belagerungszustand auf Grund des Sozialistengesetzes in den Städten Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., wo er am letzten September abließ, vorlag. Mit dem Ablauf der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes entfällt auch die Möglichkeit eines solchen Verhandlungsstoffes.

**Das rapide Anwachsen des allgemeinen Pensionsfonds der Militärverwaltung** hat dem Reichstage Anlass zu Anfragen über die Ursache dieser Erscheinung gegeben; der soeben ausgegebene Bericht der Rechnungs-Kommission des Reichstags enthält die Auskunft, welche der Regierungskommissar Generalmajor von Spitz erteilt hat. Der General gab die rapide Steigerung zu, glaubte aber die Meinung, daß sie von der in den letzten Jahren erfolgten Zunahme der Pensionierungen herrühre, als Irrthum bezeichnen zu sollen. Der General nannte als Ursachen der Steigerung den Wohnungsgeldzuschuß, die Vermehrung der Armee und ähnliche Umstände. Allein diese Darstellung ist wenig beweiskräftig gegenüber folgenden, in dem Bericht selbst enthaltenen Ziffern. Von 1884 bis 1889 ist der Betrag der Offizierspensionen von 11 089 892 auf 14 972 827 M. gewachsen; die Zahl der militärischen Pensionäre, die Ende Juni 1884 80 808 betrug, war Ende Juni 1889 auf 40 139 gestiegen. Darunter befanden sich 62 Generale der Infanterie und Kavallerie, 202 Generalleutenants, 220 Generalmajors, 464 Obersten, 497 Oberlieutenants, 1104 Majors, 1121 Hauptleute und Stabsmeister, 685 Leutenants und 307 Militärärzte. Inzwischen sind diese Ziffern noch sehr bedeutend gestiegen.

**Von der Rebellion der Zentrumswähler** legt folgende Notiz der „Neuen bayerischen Landeszeitung“ ein sehr kräftiges Zeugnis ab, welches an die berühmten Artikel des Herrn Siegel vom „Bayerischen Vaterland“ erinnert. Dort heißt es in einer Anrede an die Zentrumswähler:

„Unsere Selbstständigkeit wird vernichtet, weil unser Wohlstand vernichtet wird. Preußen stellt immer größere Anforderungen, die Süddeutschen werden vollends ausgefressen und auf solchem Wege dahin gebracht, daß sie sich auch wie die Bettelpöbeln aus der Poladei und anderen Hungerbezirken des Nordens nach den „Berienkolonien“ des Generals von Solgel v. Baldenfein schmeißen. Die Falken und Reichsgeier können es nicht mit ansehen, daß wir Bayern außer der Kaiserhülle und wurzelfest geworden sind, darum entziehen sie uns mit lauter Steuern das tägliche Brot und sehen uns noch von unserm guten Wein und Bier auf den schlechtesten Füßeln. Lange genug, viel zu lange haben wir Bayern uns alles bieten, unsere Beutel leeren, unsere Freiheit bedrücken, unsere Rechte kürzen, unsere Söhne schubriegeln und pöbeln lassen, jetzt aber wird es uns endlich doch zu dünn! Der Uniglich preussische Hofwadelstumpfer und Kniehöfchenbar Duene hatte sogar die Dreifaltigkeit, in der Militärkommission über den Namen der Bayern sein Mein begründenden Parteigenossen Dr. Dretter seine ärgerliche Verwunderung auszusprechen! Was auf, mein Volk! Die Sturmkompeten blasen! Auf zum Kampfe für unser gutes Recht, für unsere bayerische Existenz! Wenn Windthorst und die Zentrumswähler gute Kinder bei Hofe sein wollen, dann mögen sie in drei Teufelsnamen Arm in Arm mit konservativen Krautputzern, nationalliberalen Profitsüßeln und anderen Reichstüfeln gegen den Gefammwillen unseres katholischen Volkes stimmen. Unser Volk wird man dann nie mehr dazu bringen, die Bundesgenossenschaft der „schwarzen Hühner“ zu loben, im Gegentheil, es wird ihr suchen!“

**Zur Stimmung der Helgoländer.** Die englische „Wall Mall Gazette“ hatte auf eigene Kosten einen Abgeordneten nach Helgoland geschickt, um die Stimmung der dortigen Bevölkerung zu erforschen und ein förmliches Verbot hierüber zu veranlassen. Der damit betraute deutsch-englische Journalist hat seinen ersten Bericht eingeleitet, welchen das Blatt heute veröffentlicht. Kaum ein Bewohner sei für den Anschluß an Deutschland. Der Einzige, welcher sich nicht unbedingt gegen einen solchen aussprach, sei ein Gastwirt. (!)

**Welch zarte Fürsorge** die Zivilbehörden an den Tag legen, damit in das Militär kein im Geruche der Sozialdemokratie stehender Mann unerkannt und unentdeckt eingereicht werden kann, das ist schon des Oesteren durch die Presse der Opposition an den Tag gebracht worden, indem dieselbe geheime Erlasse der Ministerialbehörden publizierte, in denen die Polizeibehörden angewiesen wurden, auf die Sozialdemokraten und auf die sozialdemokratischen Versammlungen Besuchen, welche zum Militärdienst verpflichtet sind, ein scharfes Auge zu haben. Die Fürsorge scheint neuerdings noch weiter ausgedehnt zu werden, wie nachstehendes Attest, welches kürzlich in einem Restaurant in Reutlingen gefunden wurde, beweist. Dasselbe lautet:

An das (Stadt-) Schultheißen-Amt.  
Unter Bezugnahme auf den heute ausgegebenen Erlaß betr. die Vorladung der Militärpflichtigen zur Aushebung wird das (Stadt-) Schultheißenamt angewiesen, sofort anzuzeigen, ob keiner der mit Notifizirten angeführten Vorgesetzten als Agitator oder Anhänger der sozialdemokratischen Partei bekannt ist, bezw. mit solchen in Verbindung steht.  
Reutlingen, den Mai 1890.

R. Oberamt:  
gez. Rauffmann.

**Zuo der Rheinpfalz, 29. Juni.** Zur Reichstagskandidatur Bismarck im Wahlkreise Kaiserlautern-Niederrheinländer kann der „Frk. Ztg.“ ein Korrespondent berichten, daß ihm schon vor vier Wochen die bestimmte Mitteilung gemacht worden war, im Falle der Koffirung der Wahl Miquel's werde nicht mehr dieser, sondern der frühere Reichskanzler als Kandidat aufgestellt werden.

**Ueber die Wirkung der kleinkalibrigen Gewehre** muß den Anhängern der Blut- und Eisenpolitik doch das Herz im Leibe lachen. Gaben wir erst vor wenigen Wochen anlässlich der Bergarbeiter-Unruhen in Pilschau erleben müssen, daß verschiedene „gutgestante“ Organe mit wahren Begehren meldeten, daß die Kugeln die Körper der getödteten Bergleute vollständig durchgeschlagen und ganz glatte Rundlöcher zurückgelassen hätten, so macht jetzt eine ähnliche Notiz die Kunde durch die Presse. Sie lautet: „In der erzbischöflichen Stadt Kalocsa in Ungarn kam es am Montag, wie schon kurz gemeldet, zu blutigen Ereignissen anlässlich der Wahl des Stadtrichters. Gegen den bisherigen Stadtrichter, der bereits seit zwei Perioden amtiert, ein Anhänger der liberalen Partei ist und der wohlhabenderen Klasse angehört, wurde ein Gegenkandidat aufgestellt, welcher zur äußersten Linken zählt und den bäuerlichen Kreisen entstammt. Es kam nun zu Gewaltthatigkeiten zwischen den Anhängern beider Parteien, bei welcher Gelegenheit auch die Gendarmen mit Steinen beworfen wurden. Dieselben gaben hierauf eine Salve ab. 22 Gendarmen schossen auf einmal in die aufgeregte Menge. Die Wirkung war eine furchtbare. Drei Erzdebatten blieben tot am Plage, acht wurden schwer verwundet, weil die Kugeln, nachdem sie einzelne durchbohrt hatten, noch Andere verwundeten. Der Wahlakt wurde sofort sistirt, und wurde telegraphisch Militär requirirt, worauf das 24. Jägerbataillon mittels Separatregimentes in Kalocsa eintraf. Erst nach der Bormahme einer Reihe von Verhaftungen konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.“ Wie herrlich weit haben wir es doch schon gebracht!

**Ueber einen Wahnsinnigen** wird aus dem Kreise Gilehne berichtet: Vor dem Schöffenricht zu Gilehne wurde gestern gegen den Maurer Wilhelm Glafmann, den Arbeiter Ewald Knecht, die Musiker Hermann Drosow und August Sell aus Selchowhammer eine bemerkenswerte Anklagesache wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs verhandelt. Die vier Angeklagten sind am 20. Februar d. J. nach Abgabe ihrer Stimmen im Wahllokal verblieben und haben sich auf die Aufforderung des Wahlvorstehers, höchster Vöhrer, nicht entfernt. Dieselben erklärten vor Gericht, daß sie ihre Stimmen für den freisinnigen Kandidaten, Rechtsanwalt Dr. Platau in Berlin, abgegeben und gesehen hätten, wie der Wahlvorsteher auf den abgegebenen

Zetteln ein Zeichen gemacht hat, bevor er sie in die Urne warf. Dieses ihrer Ansicht nach eine Verhöhnung des gebührenden Wahlrechts enthaltende Verfahren haben sie dem Wahlvorsteher vorgehalten, worauf derselbe sie anforderte, das Wahllokal zu verlassen. Dem haben sie in dem Glauben nicht entsprochen, weil bei der Offenheit des Wahllokals der Wahlvorsteher nicht be-rechtigt war, sie aus dem Wahllokal zu weisen, so lange sie sich dort ruhig verhielten. Zwei von den geladenen Zeugen beschworen nun, daß der Wahlvorsteher verschiedene Wahlzettel mit einem Zeichen versehen habe. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung der Angeklagten, indem er dieselben unter den vorliegenden Umständen für berechtigt erachtete, zur Kontrolle des Wahlvorstehers im Wahllokal zu verbleiben. — Wie da „D. Z.“ hört, ist dieser Fall wohl 70 bis 80 ähnlichen Vorgängen zum Gegenstand eines Wahlprozesses gemacht worden.

**Leipzig.** Der „Wähler“ schreibt: Die Kopslosigkeit der „Leipziger Zeitung“ nimmt zu. Mit der Wuth, die ein bekanntes Thier gegen die rote Farbe hat, stürzt sie auf alles los, was ihr sozialdemokratisch oder auch nur demokratisch erscheint. Ihr wüthender Antisemitismus macht sie noch verfeinerter und wehe! wenn die unglückliche „Frankf. Ztg.“ eine Mittheilung bringt, die der guten Leipziger Lante wider den Strich geht. Die jüngst in der „Frankf. Ztg.“ nach dem statistischen Handbuch gemachten Angaben, daß „in Sachsen 78 pCt. aller Erwerbsfähigen nur über ein Einkommen bis 950 M. verfügen“, treiben der armen Lante die Augen zum Kopfe heraus, und wüthend rufen sie: „Das ist nicht wahr. Zur besseren Illustration dieser Behauptung drucken wir hier noch einmal die von uns in Nr. 103 gebrachte Notiz über staatliche Löhne ab: „Das Chemnitzer Landesgericht sucht einen Rohkopfschneider für 720—900 M. Salär; die Ober-Postdirektion zu Leipzig für das Postamt Chemnitz-Gablenz einen Landbriefträger für 600 M., für das Auerbacher Postamt einen Briefträger für 672 M., für die Postagentur Reiskand bei Rengersdorf einen Landbriefträger für 600 M. O wie schön ist's in Deutschland und beiläufig auch in unserm engeren Vaterland Sachsen!“ Und das Erzgebirge? Verne Vaterlandskunde, liebe Lante! Und die Weberlöhne in der Oberlausitz? Davon weiß die Gluckliche nichts. Wahrscheinlich auch davon nichts, daß ihr Freund Ackermann in der letzten Landtags-sitzung erklärte, „ein Einkommen unter 900 M. gewähre keine menschenwürdige Existenz“. Demnach leben ca. 70 pCt. aller Erwerbsfähigen in Sachsen menschenunwürdig. Allein, das rührt die Lante bei ihren Vorurtheilen nicht. Bei den Fleischhopsen Aegyptens wird wacker weiter geplankert.

**Großbritannien.**  
London, 30. Juni. Oberhaus. Lord Salisbury erklärt auf Anfrage, es sei ihm Nichts davon bekannt, daß der Schatzkanzler Geldmittel bestimme, um die Bewohner von Helgoland in anderen Theilen des Reiches anzusiedeln, er bestimme auch keine Information darüber, daß eine solche Ansiedelung den Wünschen der Helgoländer entsprechen würde. Ebenfalls sei ihm eine Nachricht darüber zugegangen, daß die Helgoländer mit der Abtretung der Insel unzufrieden seien. Er sei überzeugt, daß die Deutschen Alles aufbieten würden, um die Helgoländer mit dem Abkommen zu versöhnen, welches überdies gewisse Bestimmungen zum Schutze ihrer Rechte enthalten werde. Der deutsch-englische Vertrag werde in wenigen Tagen unterzeichnet und nach der Unterzeichnung mit einer Bill dem Parlamente vorgelegt werden. Bis dahin sei jede weitere Erörterung über die Angelegenheit nicht erwünscht.

London, 30. Juni. Die Staatseinkünfte Englands weisen für das letzte Vierteljahr eine Zunahme von mehr als 1 Million Pfund Sterling gegen das gleiche Quartal des Jahres 1889 auf. Leeds, 30. Juni. Infolge Streiks der Gasarbeiter trat heute Gasmangel ein, und mußte eine große Anzahl von Fabriken und Magazinen die Arbeit einstellen. Die Gasarbeiter haben die von den Gasgesellschaften gestellten Bedingungen abgelehnt. Es wird versucht, Arbeiter aus anderen Städten herbeizuziehen.

London, 28. Juni. Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: Durch hiesige Blätter ist aus Anlaß der Pariser Nichtlieferungsverpflichtungen die Aufmerksamkeit auf die hier lebenden russischen Flüchtlinge gelenkt worden, und man hat die Wohnung des in Hartow on Hill lebenden Fürsten Peter Krapotkin als „nihilistisches Hauptquartier in Europa“ bezeichnet. Wenn es aber ein „nihilistisches Hauptquartier in Europa“ geben sollte, so wird man gut thun, es nicht hier zu suchen; denn die hier lebenden russischen Revolutionäre sind durchweg Sozialisten, welche mit den terroristischen Nihilisten ihrer großen Mehrheit nach nur sympathisch verbunden sind. Man sammelte hier für die in Paris verhafteten Genossen und ist bereit, dieselben in jeder Weise zu unterstützen. Das ist dann aber auch Alles; denn man vertritt sich hier größere Erfolge von einer planmäßigen und mit Aussicht betriebenen sozialistischen Propaganda als von terroristischen Unternehmungen, wobei der Wahrheit gemäß bemerkt werden muß, daß auch die meisten der in Paris Verhafteten wohl Sozialisten, aber keine Terroristen sind. Als hier kürzlich der sozialrevolutionäre Klub russisch-jüdischer Arbeiter in Berner-Street, White-Hapel, das fest seines fünfjährigen Bestehens beging, warnte der den Fürsten Krapotkin an Bedeutung weit übertreffende Verfasser des „unterirdischen Rußland“, „Stepniak“, seine Zuhörerschaft sehr eindringlich, sich nicht durch den Nihilismus betören, sondern nur von den Idealen des Sozialismus leiten zu lassen. Freilich Krapotkin und Tscholnowsky (der geistig Bedeutendste unter den russischen Revolutionären), welche bei dieser Gelegenheit ebenfalls als Redner auftraten, schlugen nicht denselben Ton an, aber auch sie sagten kein Wort zur Förderung der terroristischen Propaganda. Krapotkin seinerseits ist ein „kommunistischer Anarchist“, indessen nicht von dem Schlage Most's oder Ventur's. Er ist vielmehr ganz und gar ein Mann in der Studierhülle, den man fast täglich hinter Haaren von Büchern in der Bibliothek des britischen Museums antreffen kann. Sein Studienfeld ist die Naturwissenschaft, und seine „kommunistisch-anarchistische“ Flugblätter und meist bei Gedenkfeiern (Märztag, Jahresfest der in Chicago hingerichteten Anarchisten u. s. w.) gehaltenen Reden dienen ihm mehr als Gemüthsberuhigung, denn als Bethätigung einer berufsmäßigen Agitation. Er ist persönlich ein lebenswürdiger Mensch und hat für das ihm von jenen Zeitungsmenschen in seinem Garten errichtete phantastische Laboratorium nur ein freundlich-mitleidiges Lächeln gehabt.

**Schweden und Norwegen.**  
Christiana, 30. Juni. Der „Storting“ hat heute mit 73 gegen 39 Stimmen 200 000 Kronen für die Nordpol-Expedition des Dr. Mansen bewilligt.

**Holland.**  
Haag, 30. Juni. Die Regierung hat bei den Kammeren ein Gesetz über die Militär-Dienstpflicht eingebracht. Nach demselben muß der Dienstpflichtig persönlich genügt werden; nur wenn Brüder vorhanden sind, kann ein Bruder durch den anderen vertreten werden. Die Dienstzeit soll in der Marine 6 Jahre, diejenige im Heere 8 Jahre, und die sich daran anschließende Landwehr-Dienstpflicht 5 Jahre dauern. Auf dem Kriegsjahr wird die Armee 116 000 Mann, die Marine 5100 Mann zählen, das Jahreskontingent für die Marine beträgt 600, für das Heer 15 700 Mann. Ausnahmen von Ableistung der persönlichen Dienstpflicht sind für die Theologie Studierenden und die Geistlichen vorgesehen. Die durch das Gesetz herbeigeführte Erhöhung des jährlichen Decretsbudgets ist auf 1 322 000 fl. veranschlagt.

**Spanien.**  
Bei der Hartnäckigkeit, mit welcher die spanischen Behörden beflissen sind, die öffentliche Meinung über das Umsichgreifen der Cholera im Unklaren zu erhalten, sind die Blätter auf Privatberichte angewiesen, welche aus den durch-

feuchten Gegenden eintreffen. Aus denselben geht hervor, daß die Epidemie stetig in der Zunahme begriffen ist. Von den traurigen Verwaltungszuständen in Spanien liegt wieder ein Beispiel vor, welches auch ohne Kommentar eine deutliche Sprache redet. Bekanntlich hat die Regierung die Ausfuhr von Feldfrüchten, Obst u. s. w. aus der Cholerazone verboten. Trotzdem trat nun am Sonnabend aus dem am meisten von der Cholera heimgegriffenen Gebiete von Gandia ein ganzer Transport solcher verbotenen Erzeugnisse in Madrid ein. — Wie verlautet, erhielt die Polizei erst Kenntniß von dem Vorgang, als bereits der größte Theil der Gemüße und des Obstes in den Markthallen verkauft war. Vorgestern Abend wurden hier in der Calle San Marcos — ob mit dem vorstehenden Vorfall in Verbindung stehend, ist nicht festzustellen — zwei Erkrankungen an einer, von den Aerzten als „wahrscheinlich Cholera“ erklärten Krankheit konstatiert. Der Gouverneur erließ ein Hundschreiben an sämtliche Aerzte, ihm sofort jeden verdächtigen Fall anzuzeigen. In Valencia sind gleichfalls mehrere stark verdächtige Erkrankungen vorgekommen.

## Amerika.

Die Rüber, welche vor einigen Tagen auf Cuba einen Eisenbahnzug zwischen Aguacate und Sabanabole zur Entgleisung zu bringen suchten, haben den Betriebs-Direktor der Bahn schriftlich aufgefordert, ihnen 20 000 Doll. zu schicken, widrigenfalls sie damit fortfahren würden,züge zur Entgleisung zu bringen. Einen anderen Brief richteten die Rüber an die Behörden. Sie geben in demselben als Grund ihres Treibens an, daß ihnen eine Begnadigung verweigert worden wäre, trotzdem sie mehrere Male darum geeteten hätten. Die Schreiben sind von dem Rüberhauptmann Manuel Garcia unterzeichnet. Es ist Militär abgehandelt, um der Banditen habhaft zu werden.

## Versammlungen.

**Von den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen,** die sich im Kongresssaale der Brauerei „Friedrichshain“ unter Vorsitz der Herren Butrey, Drescher und Heschend versammelt hatten, sprach am Montag der Reichstags-Abg. M o l l e n d u r f. Es sei, so führte Redner aus, bei den Nachhabern immer noch die Meinung vorherrschend, daß die Bewegung unter den Arbeitern ein Produkt gewissenloser Agitatoren sei. Die Ergebnisse der letzten 10 Jahre sollte die Kapitalisten aber eines besseren belehrt haben. Wohl seien einige „Agitatoren“ durch das Sozialistengesetz wirtschaftlich ruiniert und unterdrückt worden. Die Bewegung habe sich aber immer wieder erholt und sei mächtiger geworden, denn je. Es müssen also andere Ursachen vorhanden sein. Und dennoch herrsche noch immer der Geist der Unterdrückung, der Geist der Zeit Eduard III. von England, der die conspiracy-laws (Verschwörungsgesetze) diktierte. Dieser Geist mache sich auch in dem „Arbeiterschutz“-Gesetz breit, das mit mehr Recht ein Ausbeuterschutz-Gesetz genannt werden könnte. Das Koalitionsrecht und die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werde durch den § 125 fast illusorisch gemacht, der den Arbeiter mit dem Verdienst von 6 Wochen harter Arbeit, wenn er seine Arbeit ohne Kündigung verläßt. Der § 153 der neuen Vorlage bestrafe äußerst hart das Aufreizen zum Streiken. Man rede da gleich mit Jahren von Gefängnis. Aus dem Gesetz rede der Geist der Unterdrückung, der vor 500 Jahren vielleicht einige Berechtigung gehabt haben mag. Heute seien die Verhältnisse ganz andere. Sie seien nicht mehr stabil, wie früher. Die Schwankungen des Marktes seien bedeutende; Zeiten der Prosperität würden immer schneller durch Zeiten der Krisis abgelöst, die Tausende von Arbeitern aus der Arbeit schleudern. Diese Reservearmee bilde Ausbeutertalente aus. Denn ein Kapitalist kann dem andern nur einen Vorsprung abgewinnen, wenn er mit billigen Arbeitskräften arbeitet. Das Hauptbestreben der Kapitalisten ist deshalb, die Löhne zu reduzieren. Auch in der Tabakbranche seien die Löhne trotz der Verteuerung der Lebensmittel gewaltig gesunken. Nur die krasse Noth und der Aufschwung der Industrie habe die vielen Streiks in letzter Zeit gestattet. Mitleid der Arbeiter der Konjunktur aus, um höhere Löhne zu erringen, dann sei das unwürksam. Gehe aber der Kapitalist 20 pCt. Dividende und drücke die Löhne, dann ist das vollberechtigt! Nur durch eine geschlossene Organisation könnten sich die Arbeiter gegen alle große Zusammenhänge seitens des Kapitals wehren und Zeiten der Prosperität ausnützen. Dadurch könne sich der Arbeiter, ebenso wie durch ein Arbeiterschutz-Gesetz, etwas besser stellen. Er ist aber dann noch immer im Nachtheil. Denn das Kapital konzentriert sich und wird immer mächtiger. Beweis hierfür seien die Zustände in Neunkirchen, wo König Stamm herrsche; das Verbot des Besens gewisser Zeitungen und der Sociat. Gegen die Konzentration des Kapitals gebe es keine Schranken und es wäre auch eine Thorheit, es zu thun. Gegen die Macht des Kapitals gebe es nur die Organisation sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Wohl sei die Frau jetzt eine Konkurrentin des Mannes; aber auch der Mann werde von dem Kapitalisten ausgespielt, wenn die Arbeiterinnen höhere Löhne verlangen; dann lasse er einfach die Arbeit wieder von Männern machen. Man habe sich nicht als Mann und Frau zu organisieren, sondern als Arbeitende, da die Vereinigung nur den Zweck hat, einen höheren Preis für die eigene Arbeitskraft zu erringen. Doch die Organisation sei keine Wünschelrute. Nur hier und da seien innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Vortheile zu erreichen. Aber die kapitalistische Produktion sei im Verfall. Ihre beiden Grundpfeiler, die persönliche Freiheit der beiden Kontrahenten (Arbeiter und Kapitalist) und die freie Konkurrenz — wanken schon. Die individuelle Freiheit beider Theile habe zum Theil schon aufgehört und werde ganz aufhören. Beweis: Neunkirchen. Die freie Konkurrenz werde mit der Konzentration des Kapitals beseitigt. Beweis: Die Minge und Trufe, die keine Konkurrenz mehr kennen, wie der Jute-King, der die ganze Produktion für Amerika in Händen hat. Die heutige Produktionsweise arbeite mit Macht auf die gesellschaftliche hin, die wir erleben. Bis dahin sei noch gute Weile. Die heutige mittelalterliche Gesetzgebung mühe einer neuen modernen weichen. Aber man will die Arbeiter wirtschaftlich nicht besser stellen, man will kein wahres Arbeiter-Schutzgesetz einführen, weil dadurch die heimische Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht werde. Man denkt an den auswärtigen Markt, vergißt aber, daß durch ein solches Gesetz die heimischen Arbeiter lauffähig gemacht werden. Man möge die Arbeiter nicht hindern, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Die organisierten Kampfvereine der Arbeiter werden größere Absatzgebiete erobern, als unsere Armeen in Afrika. (Beifall) Die Versammlung nahm von einer Diskussion Abstand und verpflichtete sich, der Organisation beizutreten, um dieselbe zu einer Macht gegen das Kapital zu gestalten. Herr Förner berichtet hierauf über die Thätigkeit der Kommission, welche Statuten für eine Lokalorganisation ausarbeiten sollte. Die Statuten seien fertig. Redner empfiehlt aber, den Lokalverein nicht zu gründen, da die hiesige Paktelle des „Unterstützungsvereins“ freigegeben sei. Die nächsten Redner verpflichten dem bei. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins wolle beschließen: 1. In Anbetracht dessen, daß die Schließung resp. das Verbot der hiesigen des Unterstützungsvereins der Tabak-Arbeiter Deutschlands vom königlichen Verwaltungsgericht aufgehoben ist, nehmen die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von der Gründung einer lokalen Fachorganisation Abstand und treten mit allen gesetzlichen Mitteln für den weiteren Ausbau der hiesigen Paktelle ein. 2. Die in der letzten öffentlichen Versammlung im königlichen Kasino gewählte Statuten-Kommission hat ihre Thätigkeit als solche eingestellt, nicht aber als Kommission für öffentliche Angelegenheiten. 3. Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, diese Kommission durch freiwillige Beiträge in den

Stand zu sehen, eine geregelte Agitation für die hiesige Zahlstelle des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands durchzuführen zu können. 4. Die Kommission für öffentliche Angelegenheiten hat in jeder öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung Bericht zu erstatten und, sobald es verlangt wird, Rechnung zu legen. 5. Die Lohnüberwachungs-Kommission hat, sobald sie ihre Geschäfte geregelt, Rechnung zu legen und sich nach erhaltener Decharge aufzulösen. 6. Eine Revisionskommission ist zu wählen, welche die Abrechnungen sämtlicher bestehenden Kommissionen zu prüfen und über den Befund in einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung Bericht zu erstatten hat.

Als Revisoren wurden die Kollegen Heerholy, Dechen und Hermann Werner gewählt. Zum Schluss protestiert Kollege Otto energisch gegen die Aussage eines gewissen Sauer, der wegen Verleumdung der Firma Loeser u. Wolff, begangen in einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde: Er (Sauer) sei von Otto zu diesen Anschuldigungen aufgereizt worden. Redner kennt diesen Sauer gar nicht. Des weiteren erneuert Redner die Anschuldigungen, die er gegen die Firma Loeser u. Wolff in früheren Versammlungen erhoben hatte. Er könne Alles beweisen. Die Firma werde sich auch hüten, ihn zu verklagen. Uebrigens habe die ganze Bewegung doch für die Elbinger Arbeiter eine Lohn-erhöhung bewirkt. Es sei wenigstens etwas erreicht worden.

Die Freie Vereinigung der Galvaniseure und Berufsgenossen hatte am 26. Juni eine ordentliche General-Versammlung mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. Kassen-

bericht, 2. Bericht der Revisoren, 3. Wahl eines Kassiers, 4. Wahl der Rechtschutz-, 5. Wahl der Bibliothek-Kommission, 6. Vortrag des Kollegen Knippel über den Nutzen der Vereinigung, 7. Diskussion, Verschiedenes, Fragelasten.

Nach Verlesung des Kassenberichts und der Bericht der Revisoren wurde dem stellvertretenden Kassierer Decharge erteilt. Zum Kassierer wurde Kollege Polleschach gewählt. Hierdurch wurde die Wahl eines Weisigers notwendig und wurde hierzu Kollege Glachow gewählt. Von der Wahl der Bibliothek- und Rechtschutz-Kommission wurde in Anbetracht der schwach besuchten Versammlung Abstand genommen und nahm hierauf Koll. Knippel das Wort zu seinem Vortrag über den Nutzen der Organisation. Redner führte zunächst die Aufgabe einer Organisation in Betreff besserer Arbeitsbedingungen an und führte weiterhin aus, daß die meisten Arbeiter leider den großen Werth einer Organisation noch nicht begriffen haben und auch nicht zu schätzen wüßten, und gerade in dieser Beziehung noch viel von den Herren Unternehmern lernen müßten. Diese wüßten den Werth der Organisation besser zu würdigen, was sie schon dadurch beweisen, daß sie die Organisation der Arbeiter auf jede Art bekämpfen und sogar viele von ihnen den Arbeitern die Bedingung stellen, keiner Organisation anzugehören. Redner ermahnte die Kollegen, überall für die Organisation einzutreten, und zu ermöglichen, daß die Organisation ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht werden kann. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Feuerstein's Salon tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen

Kräften dahin zu wirken, daß möglichst alle Kollegen der Branche der Vereinigung beitreten.“

Unter Verschiedenes wurde zunächst ein vom Kollegen Holz gestellter Antrag, einen seit dem 1. Mai arbeitslosen Kollegen eine Unterstützung nach Maßgabe der Kassenverhältnisse zuzulassen, einstimmig angenommen. Auch wurde beschlossen, einen Sommernachts-Ball zu veranstalten, und ein Vergnügungskomitee hierzu gewählt. Nachdem hierauf einige Unterstützungs-gesuche freitender Gewerkschaften erledigt waren, wurden die eingelaufenen Fragen beantwortet und schloß hierauf der Vorsitzende die von gutem Geist besetzte Versammlung. Der Sommernachtsball findet am 16. August, Abends 9 Uhr, in Sanssouci statt. Am 10. Juli findet wieder eine öffentliche Versammlung statt.

In der Ortsverwaltung Berlin III der Drechsler fand am 24. Juni eine Mitgliederversammlung bei Holzmann, Andreasstr. 26, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Bildungsmittel des Volkes, wie sie sind und wie sie sein sollen. Referent Herr Schade. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Streikkassiers. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Zum ersten Punkt erntete Herr Schade großen Beifall für seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion sprach noch Herr Rautenberg, welcher sich mit dem Referenten im vollkommenen Einverständnis befand. Zum Streikkassierer wurde Kollege Freigang gewählt. Unter Verschiedenes wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Musikverein Edelweiß. Restaurant Seneold, Mariannenstr. 48. Aufnahme neuer Mitglieder. Sonntag, den 19. Juli, Tampferpartie nach Seeschlößchen. Billets zu 1 M. 25 Pf. im Vereinslokal. Freunde willkommen.

**Theater.**  
Mittwoch, den 2. Juli.  
**Berliner Theater.** Brutus und Kollatinus.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der arme Jonathan.  
**Wallner-Theater.** Rameau's Nuptial.  
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Öfend-Theater.** Heinrich Heine.  
Vorher: Eine vollkommene Frau.  
**Pellealliance-Theater.** Der Nautilus.  
**Froll's Theater.** Der Troubadour.  
**Baummann's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Hasenhaide Ausstellungs-Park.**  
Grosses Doppel-Concert.  
Tyroler Sänger.  
15 Eingeborene aus dem Kint-Lande.  
Vorstellung und Produktion von Nachm. 4-9 Uhr Abds. stündlich.



**Englischer Garten.**  
Direktion: C. Andress, Alexanderstr. 27 c.  
Aufstreten der Kostüm-Soubrette Frau Hermont.  
Aufstreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.  
Aufstreten der Duettistinnen Geschwister de la Torre.  
Aufstreten des Tanzkomikers Herrn Schmidts.  
Aufstreten der Jano-Truppe.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 5 1/2 Uhr.  
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf., 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.  
Der Garten ist an Vereine f. Sommerfestlichkeiten m. Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.

**Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.**  
Täglich:  
**Grosses Garten-Concert.**  
Direktion A. Hödmann.  
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
Wochentags 10 Pf., Sonn- und Festtags 25 Pf.  
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Ausgang von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.  
641 **F. Müller.**

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brammenstraße 28, Hof partee.  
Theilzahlung nach Uebereinkunft.  
Das gr. Lager Berlins  
**Anderwagen. Andreasstr. 23.**

**Neue Welt. Bergschlossbrauerei, Hasenhaide.**  
Heute, Mittwoch, 100  
Von 4 Uhr Nachm. ab: **Concert u. Specialitäten-Vorstellung.**  
**Kinderfest m. Gratisverloof.**  
Hauptgewinn: **ein lebendes Schaf.**  
Puppentheater. Stangenkloßern. Wettrennen. Bombenregen. Festzug.  
Entree 15 Pfg., Kinder, die eine Mähne, ein Seidentuch und ein Freilos erhalten, 10 Pfg.  
Morgen: **Maßen-Land, Wasser- u. Kriegs-Genewerk.**  
Donnerstag: **Eroberung v. Kilwa, unter Mitwirkung v. Negern, Matrosen, Arabern etc.**

**Achtung Bildhauer!**  
In der Werkstatt **Kurzner, Reichenbergerstr. 57,** sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug fernzuhalten. 813

**Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
am Mittwoch, den 2. Juli cr., Abends 8 1/2 Uhr,  
in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Sonntagssruhe der Kaufleute und das Benehmen der Berliner Ortsvereine deutscher Kaufleute in der Versammlung bei Keller. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter Aug. Dressbach-Mannheim.  
2. Stellungnahme zur Zentral-Streik-Kontrollkommission.  
3. Diskussion. 811  
Die Herren Reichstags-Abgeordneten Dr. Witte, Dr. Hirsch, Rossocke, Goldschmidt und Dr. Pachnicke sind hierzu eingeladen.  
Jeder hat Zutritt. **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung aller Kartonnarbeiterinnen und -Arbeiter**  
am Mittwoch, den 2. Juli cr., Abends 8 Uhr, 810  
in **„Feuerstein's Salon“, Alte Jakobstraße Nr. 75.**  
Tages-Ordnung:  
1. Fabrikantenvereinigung und Arbeitervereinigung. Ref.: Koll. Thamm.  
2. Diskussion. 3. Wahl von Revisoren zur Streikkasse. 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Einberufer.**

**Generalversammlung der Freien Vereinigung der Lohgerber u. Lederzünftler Berl.**  
am Donnerstag, den 3. Juli, Abends 8 Uhr, 805  
in **„Feind's Salon“, Weinstraße 11.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schumacher. 2. Rechnungslegung vom 2. Quartal 1900. 3. Geschäftliche Mitteilungen. 4. Diskussion.  
804] **Der Vorstand.**

Soeben erschien:  
**Hef 7.**  
**Dr. W. Zimmermann's Großer Deutscher Bauernkrieg.**  
Illustrierte Volksausgabe.  
Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.**  
Preis pro Heft 20 Pfennig.  
Zu beziehen durch die **Expedition, Beuthstraße 3.**  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a.**  
Meine Poliklinik für Zahnlleidende ist wochentäglich von 8-10 Uhr Vormittags, 12-1 Uhr Mittags, 4-6 Uhr Nachmittags geöffnet. Behandlung und Zahnziehen unentgeltlich. Für Plomben und künstl. Zähne werden dieselben Beträge berechnet wie im Universitäts-Institut.  
2054 **Dr. Erich Richter, approbierter Zahnarzt.**

**Echter Langensalzaer Kautabak,**  
hergestellt nur aus besten Kontowky-Tabak; zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und umliegenden Plätzen.  
Unsere Hauptniederlage Stralauerstr. 39 gibt zu Fabrikpreisen ab.  
**Gehr. Adler, Tabakfabrik,**  
Langensalza 1. Thür.  
805 NB. Jede Rolle muß den Bettel mit unserer Firma enthalten.

**Das Reparations- und Schanklokal, bisher Stehbierhalle in dem Fabrikgrundstück Brautstr. 4/5 (wo ca. 400 Mann beschäftigt sind), mit großen Kellern, desgl. Küche und Nebenräume. Desgl. Markusstr. 19, dicht an der Straße belegen, mit Ein- und Ausfahrten von drei Straßen, über 400 Quadratmeter groß und ein kleiner Platz, Wagenstandplätze etc. Alles billig pr. 1. Juli cr., zu vermieten. Näheres Blumenstr. 82 beim Verwalter Prenzlau. 813**

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse (Nr. 29) u. Zentral-Krankenkasse „Vulkan“ (Nr. 89)**  
der Metallarbeiter zu Hamburg (Filiale Berlin II), Sonntag, den 6. Juli, Vorm. 10 Uhr, Wasserthorstr. 54, Mitglieder-Versammlung. — Der Bevollmächtigte Barowsky wohnt Kottbusser Ufer 60. Sprechstunden v. 12-1 Uhr. 806

**Verband deutscher Mechaniker und verwandten Berufsgenossen.** (Zahlstelle Berlin).  
**General-Versammlung**  
am Mittwoch, den 2. Juli cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße Nr. 16.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht für das 2. Quartal.  
2. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen.  
3. Erziehung der Zwölfertkommission.  
4. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsdag.  
5. Verschiedenes und Fragelasten.  
6. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Um pünktliches Erscheinen erf. Der Vorstand.  
Zur Gründung eines Vereins, genannt der „**Augenbilauer**“, lade ich alle Augenbilauer zu einer näheren Besprechung auf Sonnabend, den 5. Juli cr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hausfelder, Fruchtstraße 54, ein. **G. Gutsch.**

**Nur 1 Mark**  
kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 1023  
**Otto Eleser,**  
Uhrmacher (Fachmann),  
Hannysstr. 15, Ecke Mariannenstr.

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.**  
Garantirter sicher brennende **Tabake.**  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1853 Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,**  
am Lade'schen Markt.

**Artistisch-Photographisches Atelier**  
von **Carl Graefe,**  
Prinzenstr. 11,  
empfiehlt sich Vereinen u. Privaten zur Aufnahme von Gruppen u. Portraits. Bei Landpartien bitte Bestellung durch Postkarte. 1716

**Achtung!**  
Unterzeichneter empfiehlt den geehrten Parteigenossen seine selbstgefertigten **Zugharmonikas, pro Stück von 3-30 M.:** außerdem empfehle alle ins Musikfach einschlagende Artikel als Geigen, Zithern, Mundharmonikas u. s. w. nur in guter Waare. 2153  
Bei Bedarf obiger Artikel bitte die geehrten Parteigenossen mich unterstützen zu wollen.  
Händler erhalten Rabatt. Versandt franco gegen Nachnahme.  
Achtungsvoll  
**K. R. Glass,**  
Accordeonfabrik,  
**Brunndöbra bei Klingenthal.**

**Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) kostet bei mir 1,50 Mark**  
unter Garantie des Gut- und Richtiggehens. Al. Reparaturen entsp. billig. Lager aller Arten Uhren, Gold- und Silberwaaren. 674  
**C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.**

**Achtung!**  
Allen Freunden u. Genossen zur Nachricht, daß ich unter heutigem Datum meine Zeitungs-Spottion an den Genossen und Kassierer des 6. Berl. Wahlvereins **Karl Maryahn** verkauft habe u. bitte die Genossen, demselben das mir bisher geschenkte Vertrauen zu bewahren, da derselbe am 1. Mai gemahregelt ist. Alle Bestellungen und Bestellungen sind vorläufig noch an mich zu richten. Für frühe u. pünktl. Lieferung wird gesorgt.  
**H. Raschke,**  
Wiesenstraße 8,  
Bestell. auf sämtl. Arb.-Bibliotheken.  
Zur pünktlichen u. frühen Beforgung des „**Berl. Volksblatt**“, „**Volks-Tribüne**“ und „**Vereinsblatt**“ empfiehlt sich **C. Runge,** Zeitungs-Exped., N. Kolbergerstr. 28. [2235]

**Rheinländischer Tunnel,**  
gen.: „**Die ideale Nagelkiste**“, Berlin N., Eisaffersstraße 78, gegenüber der Bergstraße.  
Im Lokal photographisches **Atelier** zur Benutzung. — Jeder Gast, auch wenn derselbe nur für 10 Pfennige verkehrt, wird **gratis photographirt** und erhält sein Bild sofort als Gratispräsent. Höchst scherzhaft!  
**H. Schultze (mit n. h.).**  
Einzige Keller-Photographie der Welt. 1940

**Schneider-**  
Bedarfsartikel empfiehlt billigt (Musket gratis und franco)  
**Rad. Pieper,** Wilhelmstr. 114 (g. d. Putzamerstr.).  
Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen.

**Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe**  
**E. Vogtherr, Berlin C., Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl.**  
(Sonntags geschlossen.)

**Tüll-Gardinen,**  
Fenster 2, 3, 5, 8 M. Stores 1 M.  
Fabrikverkauf **Zimmerstr. Nr. 86,**  
Hof part. 85  
Lassalle, Marx, Weber, Stiefnachts, Singer-Köpfe, alt. Gg. Spitze, echt Meersch., à 1,50 M. und besser. Wiederverkäufer Prozente. 2168  
**B. Günzel, Brunnenstr. 157.**

Soeben erschien  
**Der wahre Jacob Nr. 103.**  
Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

**Arbeitsmarkt.**  
Bier-Reisender für eine Export-Brauerei Bayerns, deren Bier bereits hier eingeführt ist, unter günstigen Bedingungen gesucht. Offerten unter Hg. an die Exp. d. Bl.  
Einen Reisenden bei hoher Provision verl. die Kartonfabrik Dresdenstr. 78.  
**Schrifthauer,**  
der sauber und selbstständig arbeitet, sofort verlangt für Rirdorf. 5083  
**Günther, Stalicherstr. 9.**  
Ein junger Mann wünscht die Möbelpoliererei unter günstigen Bedingungen zu erlernen. Adr. erbeten Fruchtstr. 79 im Milch Keller. 802

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 150.

Mittwoch, den 2. Juli 1890.

7. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 1. Juli, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Voetticher, von Verdy, v. Malhahn, Hellwig.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Konsular-Gerichtsbarkeit in Samoa und die Uebernahme einer Bäckerei seitens des Reichs für die durch Einrichtung einer anderen Rechtspflege dortselbst erwachsenden ansehnlichen Kosten.

Der Artikel 1 lautet:

Die dem Konsul des Deutschen Reichs in Samoa für die Inseln von Samoa zustehende Gerichtsbarkeit kann mit Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder außer Uebung gesetzt werden.

In der ersten Lesung erklärt

Abg. Dr. Hammacher die Tragweite der Vorlage, an welcher der Reichstag, soweit sie den Bestimmungen der zwischen dem Deutschen Reich, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England vereinbarten Samoa-Acte entspricht, nichts zu ändern vermöge. Nach der Samoa-Acte solle der zu ernennende Oberrichter endgiltig entscheiden, und zwar ohne Zuziehung von Beisitzern und unter Zugrundelegung des englischen Rechts. Das es nicht wünschenswert sei, unsere deutschen Reichsangehörigen in eine solche Rechtslage zu bringen, bedürfe keiner Ausführung; indessen sei daran nichts zu ändern. Der Gesetzentwurf gehe aber noch weiter, daß es nach dem Wortlaut des Art. 1 zulässig erscheine, die deutsche Konsulargerichtsbarkeit überhaupt auch für Streitigkeiten zwischen Deutschen und Schutzgenossen aufzuheben, welche bei der Jurisdiktion des deutschen Konsuls bleiben müßten. Redner fragt an, ob die Regierung beabsichtige, auch diesen Theil der Jurisdiktion dem Oberrichter zu überweisen. In der zweiten Lesung wurde dem Gesetz eine solche Gestalt gegeben werden müssen, daß dies verhindert würde.

Direktor im Auswärtigen Amt Hellwig: Wir beabsichtigen nichts weiter, als in Ausführung der Bestimmungen der Samoa-Acte die Konsulargerichtsbarkeit zu gestalten, also eine Einschränkung nur insoweit vorzunehmen, wie die Samoa-Acte es notwendig macht. Zu einer weitergehenden Auserhebung der Konsulargerichtsbarkeit liegt kein Anlaß vor. Ich glaube, daß diese Erklärungen genügen, um die Zustimmung des Hauses zu dem Gesetz zu gewinnen.

Damit schließt die erste Beratung. Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein.

Abg. Hammacher stellt den Antrag, in dem Artikel 1 die Worte „oder außer Uebung gesetzt“ zu streichen, und begründet ihn damit, daß, wenn die Worte stehen blieben, die Regierung englischen und amerikanischen Präzedenzen gegenüber noch weitere Zugeständnisse machen könnte, wodurch jede deutsche Konsulargerichtsbarkeit in Samoa aufgehoben würde.

Artikel 1 wird mit dem Antrag Hammacher angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Es folgt die dritte Beratung des zweiten Nachtragsetats (Beamtenbesoldungen).

In der Generaldiskussion befaßt sich

Abg. Lingens (3.) darüber, daß in den Reichslanden und in manchen anderen Provinzen noch den Eisenbahnbeamten die Sonntage nach dem Nachtdienst als freie Sonntage angerechnet werden; dieser Mißstand bedürfe schleuniger Abhilfe. Wenn weitere Geldforderungen dafür nötig wären an Stellvertretungskosten, so würde das Haus sie bereitwillig gewähren.

Abg. Sperlich (3.) erachtet die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten, eine Klassifizierung sämtlicher Beamten in einem allgemeinen Besoldungsplan vorzunehmen, wie es in diesem Jahre in Preußen und im Reich für die Unterbeamten, und teilweise auch für die mittleren Beamten bereits geschehen sei. Eine große Zahl von Beamten beschwerte sich besonders darüber, daß sie im Verhältnis zu gleichstehenden anderen Beamtenkategorien zu gering besoldet seien. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen und durch die Schaffung vieler neuer Beamtenkategorien im Reich seien in den letzten 25 Jahren Verschiebungen in den Besoldungsverhältnissen eingetreten, die baldmöglichst beseitigt werden müßten. Infolge eines solchen General-Besoldungsplanes würden die zahlreichen Petitionen von Beamten, welche Gleichstellung mit anderen Beamtenkategorien fordern, verstummen, und das würde die Zufriedenheit unter den Beamten und Steuerzahlern fördern. Denn die Beamten, denen immer Versprechungen gemacht und nicht gehalten werden, seien unzufrieden, so lange sie nicht mit anderen gleichgestellt sind, und der Steuerzahler sei unzufrieden, weil er die Beamten immer Gehaltsaufbesserungen fordern höre und glaube, daß diese zu weit gehen. Die Verständigung zwischen den Landesregierungen und der Reichsregierung über einen General-Besoldungsplan sei zwar schwierig, aber wohl möglich. 1883 sei im preussischen Finanzministerium bereits ein solcher Plan aufgestellt worden. Mit dieser Anregung sei nicht notwendig auch eine Aufhebung der Beamtengehälter verbunden; es handle sich nur um Gleichstellung verschiedener Beamtenkategorien.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Ohne Spezialdebatte wird der Nachtragsetat im Einzelnen und darauf in der Gesamtstimmung unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des dritten Nachtragsetats für 1890/91.

Referent Abg. Fröhen: Die Kommission ist davon ausgegangen, Alles zu bewilligen, was sich als notwendig und unaufschiebbar und als Konsequenz der erhöhten Friedenspräsenzstärke ergeben hat, dagegen Forderungen abzusehen resp. bis zum ordentlichen Etat zu verschieben, welche mit der Militärvorlage nicht in Verbindung stehen und nicht dringlich sind. Demgemäß sind an den fortdauernden Ausgaben zunächst abgesehen alle diejenigen Gehaltsveränderungen, welche bei dem Nachtragsetat für Beamtenbesoldungen abgesehen worden sind. Ferner sind abgesehen worden die Dienstpensionen für Unteroffiziere im Ganzen 2 Millionen Mark, wozu noch die Absetzung für die bayerische Quote kommt.

Abg. Richter: Ich will bei dieser Gelegenheit feststellen, was bezüglich der Dispositionsbekanntmachung in der Kommission ermittelt worden ist. Es ist festgestellt worden, daß 6000 Mann mehr als bisher beurlaubt werden sollen, daß die ganze Ersatzpflicht neue Rekruten eingestellt werden, so daß die ganze Ersatzpflicht beschränkt auf die Zeit der Rekrutenauswahl von etwa 4 Wochen, was eine finanzielle Ersparnis von 108 000 M. bedeutet. Es handelt sich also wohl um eine persönliche Ersparnis, aber nur um eine minimale Ersparnis für den Volkshaushalt.

Die fortdauernden Ausgaben werden nach den Beschlüssen der Kommission mit den oben erwähnten Abstrichen bewilligt.

Unter den einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats werden 10 805 000 Mark zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung verlangt.

Die Kommission beantragt deren unveränderte Genehmigung.

Allerdings war sie anfänglich geneigt, diese Position bis zum Herbst zu verschieben; es wurden aber von der Regierung eingehende Mittheilungen über den Werth dieser strategischen Bahnen gemacht, welche sich durchweg der Öffentlichkeit entziehen. Das Resultat war, daß die Kommission sich einstimmig für die Bewilligung dieser Position im jetzigen Nachtragsetat ausgesprochen hat.

Das Haus tritt diesem Beschlusse bei.

Im außerordentlichen Etat werden ferner zur Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie und Jäger mit dem neuen Gewehr M. 88. 9 915 000 M. gefordert. Die Kommission hat sich auch hier für die Bewilligung entschieden, da ein Aufschub dieser Bewilligung bedenklich schien. Dagegen war sie der Meinung, daß es nicht korrekt sei, diese Summe auf die Anleihe zu übernehmen, sondern beschloß, sie auf die Matrularbeiträge anzuweisen, um so mehr als im zweiten Nachtragsetat für die Beamtenbesoldungen erhebliche Summen abgesehen sind, um welche sich die Matrularbeiträge verringern. Der Referent behält sich vor, für die dritte Lesung einen Antrag vorzubereiten, durch welchen diese Summe in den ordentlichen Etat eingestellt werden soll.

Die Position wird bewilligt.  
Geschieden werden 225 000 M. zur Errichtung eines neuen Remontedepots.

Eine Reihe von neuen Kasernenbauten hat die Kommission nicht für so dringlich gehalten, daß sie nicht bis zum ordentlichen Etat verschoben werden können. Sie hat dagegen eine Pauschsumme in diesen Nachtragsetat eingestellt zur Anweisung von Entwürfen. Sie wollte dabei kein Präjudiz für die eine oder andere der vorgeschlagenen Kasernenbauten übernehmen.

Diese Pauschsumme im Betrage von im Ganzen 163 000 M. wird bewilligt.

Ebenso wird die Forderung für die Weiterführung des unterirdischen Kanals von Hof über Chemnitz nach Dresden, die nicht nur im strategischen, sondern auch im allgemeinen Verkehrsinteresse gestellt wird, bewilligt.

Der Nachtragsetat balancirt mit 63 Millionen Mark. Das Etats- und das dazu gehörige Anleihegesetz werden genehmigt.  
Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abg. Schneider (Hamm, 7. Arnberg), Raitzel (1. Oberhausen), von Minnigerode (13. Hannover), Beckmann (3. Münster), Haberland (4. Niederbayern), von Urnhe-Bomst (3. Posen) werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Birnich (4. Köln) beantragt die Wahlprüfungskommission gleichfalls für gültig zu erklären.

Abg. Richter (B.) bemerkt, daß eine Beschwerde des sozialdemokratischen Wahlkomitees für den Wahlkreis Bonn-Rheinbach darüber eingegangen sei, daß von dem Bürgermeister in Rheinbach am 18. Februar sozialdemokratische Flugblätter angeblich widerrechtlich weggenommen und ihre Rückgabe erst am 21. April von der Polizeibehörde angeboten sei. Da es sich hier also um ein gefehriges Verhalten der Behörden handle, hätte die Beschwerde, auch wenn sie ohne Einfluß auf das Wahlergebnisse sei, dem Reichszentralrat zur Untersuchung überwiesen werden müssen.

Berichterstatter Abg. v. Marquardsen erklärt, daß es sich hier nur um einen ganz nebensächlichen Vorfall handle, und daß deshalb die Kommission der Ansicht gewesen sei, daß der Beschwerde keine weitere Folge zu geben sei.

Abg. Richter bleibt dabei, daß er zum Schutz der Wahlfreiheit den prinzipiellen Standpunkt festhalten müsse, daß auch solche Sachen zur Kenntnis und Untersuchung der Behörden gebracht werden müssen, sobald es sich um eine Gefährdung der Wahlfreiheit handle.

Abg. v. Marquardsen meint, daß die Kommission doch ein gewisses Ermessen darüber haben müsse, ob ein solcher Vorgang von Einfluß auf die Wahl gewesen sei oder nicht.

Abg. Hermès (B.) bemerkt, daß die Minorität der Wahlprüfungskommission auf dem Standpunkt des Abg. Richter stand hätte. Auch das Zentrum habe früher geschlossen in diesem Sinne gestimmt. Er hoffe, daß in Zukunft die Mitglieder des Zentrums mehr als bisher diesen Standpunkt theilen würden.

Abg. v. Steinrück (Zentr.) bemerkt, daß in diesem Falle die Minderheit in der Kommission sich aus den Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammengesetzt habe, und befreit, daß das Zentrum jemals in der Kommission geschlossen gestimmt habe.

Abg. Gröber (Zentr.) meint, daß das Zentrum aus solchen Sachen keine Fraktionsfrage mache und auch nicht in der Kommission Fraktionszwang in dieser Beziehung übe. Die anderen Parteien stimmten in der Kommission auch nicht geschlossen, deshalb solle man nicht aus einer Würde einen Elephanten machen und auf das Zentrum los schlagen, wo keine Veranlassung dazu sei.

Die Wahl des Abg. Birnich wird für gültig erklärt; desgleichen ohne Debatte die Wahl der Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein (4. Königsberg), Schmidt-Elberfeld (1. Düsseldorf), Graf von der Becken (7. Hannover), Graf von der Schulenburg-Hehlen (11. Hannover), Uhlen-dorff (Lippe), Gade (2. Hannover), Karlowski (9. Königsberg), Werner (1. Kassel), von Rozzi (3. Marienwerder), Samhammer (1. Sachsen-Weimar).

Bezüglich der Wahl des Abg. Videnbach im 1. Bessen (Gießen-Grünberg-Ridda) beantragt die Kommission die Bestätigung und Erhebungen über mehrere Protestbehauptungen.

Ein Antrag des Abg. Böckel, die Wahl für gültig zu erklären, findet nicht die genügende Unterstüßung.

Abg. Böckel: Im Wahlkreise Gießen ist unserer Partei nicht gestattet worden, ein freies Wort zu führen. In Lollar wurde eine Versammlung aufgelöst, als ich die Worte sprach: „Der Bauernstand ist das feste, gesündeste Fundament des Staates“, und zwar auf Grund eines Gesetzes von 1819. Diese Auflösung müßte den weiteren Grund abgeben zum Verbot aller unserer späteren Versammlungen. Aber nicht bloß mit Auflösungen, auch mit Drohungen suchte man uns bezu-kommen. Bei dem geringsten Anlaß, sagten die Bürgermeister, würden sie unsere Versammlungen aufheben. Die Bürgermeister glaubten sich durch ihre Regierung gedeckt. Der Bürgermeister von Gießen versandte ein gedrucktes Zirkular an seine Kollegen in der Provinz, in welchen es ihnen dringend ans Herz gelegt wurde, ihren ganzen Einfluß für den Kandidaten Aufhäuser geltend zu machen. Das Zirkular ist besonders interessant, weil es uns einmal die freisinnige Presse von der Seite der Wahlbeeinflussung zeigt, und beweist, daß wenn die Freisinnigen erst die Regierung haben würden, sie nicht toleranter sein würden, als die anderen Regierungen es bisher gewesen. Das Kreisblatt, der „Gießener Anzeiger“, hat gehässige, persönlich beleidigende Artikel gegen uns gebracht und sich dabei geweigert, Berichtigungen anzunehmen. Der Bürgermeister eines kleinen Ortes wurde mit der Verlegung des Marktes von dort bedroht, wenn der Antisemit bei der Wahl durchkäme. Der Abgeordnete Aufhäuser hat nach seinem Siege in seiner Dank-sagung an die Wähler selbst erklärt, daß schwere Bedenken in

Bezug auf die Ansehbarkeit seiner Wahl vorlägen. Bei der zweiten Wahl wurde ein Mal eine Versammlung aufgelöst, weil der Abg. Zimmermann das Wort Jude gebraucht hat. Das Wort Jude ist doch im Deutschen Reiche noch nicht heilig und darf doch gebraucht werden. Eine andere Versammlung wurde aufgelöst, weil die Freisinnigen und Sozialdemokraten ungeheuren Tumult verübten, als ich einem Sozialdemokraten antworten wollte. Also nicht bloß von unserer Seite, sondern auch seitens der Gegner ist gesündigt worden, und sie hätten allen Grund, an ihre eigene Brust zu schlagen. In einem Dorfe wurde unserer Partei von dem Führer der Freisinnigen gedroht, uns mit einer Latte nieder zu schlagen. Juden drangen ein ander Mal in die Versammlung und bewarfen Videnbach und Zimmermann mit Steinen, Zimmermann wurde verletzt. Den Gipfel erreichte die freisinnige Agitation am Wahltag in Gießen selbst. In fieberhafter Weise wurde agitirt. Chaisen wurden herumgeschickt, Krämpel und Lachme hineingesetzt und zur Wahl getragen. (Weiterkeit.) Selbst an der Kirche wurde ein freisinniges Plakat angeschlagen. Nachdem die Wahl zu unseren Gunsten entschieden war, nahmen die Freisinnigen eine so drohende Haltung an, daß die Polizei uns sagen ließ, wir sollten hiebei Provocation vermeiden, sie sei, wenn ein Uebereifer erfolge, nicht in der Lage, uns zu schützen. Wir enthielten uns natürlich jeder Provocation (Weiterkeit), aber auf dem Wege nach dem Bahnhofe schleuderten die Leute Steine nach mir und nur mit Hilfe der Polizei wurden wir vor Messerstichen geschützt.

Nach meiner Abreise wurden zwei meiner Anhänger auf dem Heimwege hinter einer Selterbude auf das Signal eines Juden durch eine Rote von 32 Strolchen angefallen. Der Jude rief: „Schlagt ihn todt, den Hund!“ In einem Ort wurde von den Freisinnigen versucht, doppelte Stimmzettel abzugeben, in einem anderen wurden die antisemitischen Stimmzettel den Wählern abgenommen und dafür freisinnige in die Hand gedrückt; um das zu veranlassen, wurde Bier und Schnaps gespendet. Wenn wirklich in sechs Dritttheilen Wahlregel-mäßigkeiten vorgekommen sind und 518 Stimmen abgezogen werden, so behält Videnbach immer noch eine Mehrheit von 600 Stimmen. Der Bürgermeister von Bingenheim schreibt mir, daß er nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Wahlmann die freisinnige Versammlung besucht und sie erst aufgelöst habe, als die erregte Stimmung der Versammlung dem Redner gefährlich zu werden drohte. Jene Versammlung war auch sehr schwach besucht, so daß sie auf die Wahl von keinem erheblichen Einfluß gewesen sein kann. Ich für meine Person verachte eine persönliche Kampfwaise (Lachen links); ich finde, daß die Protestler gar nichts bewiesen haben. Man beabsichtigt nur, in die Oeffentlichkeit eine gewisse Beunruhigung hineinzutragen, als wenn Videnbach nicht sicher wäre, daß seine Wahl in jedem Augenblicke umgestoßen werden könne. Meine Freunde werden gegen die Beanstandung stimmen.

Abg. Gutknecht (B.): Ich bestreite, daß von unseren heftigen Behörden irgend ein ungerechter Einfluß auf die Wahlen ausgeübt worden ist. Die Behörden haben selbstverständlich Besorgnis gehabt wegen der leidenschaftlichen Erregung im Wahlkreise, aber sie haben dieser Besorgnis keinen ungesegneten Ausdruck gegeben. Es sind antisemitische Versammlungen nicht deshalb aufgelöst worden, weil antisemitische Redner sie leiteten oder in ihnen sprechen wollten. Daß die Behörden sich ernstlich bekümmert haben, daß der Friede ausreicht erhalten werde, und daß Aufsichtsbeamte darauf achten müßten, im Falle von Erregung die Versammlung aufzulösen, liegt doch auf der Hand. Ich gebe zu, daß bei der Wahl Videnbach's ein paar Täthlichkeiten vorgekommen sind. Wenn aber Herr Böckel die Wichtigkeit der Angaben des Wahlprotestes bestreitet und Beweise dafür verlangt, so wollen wir durch die Beanstandung der Wahl Gelegenheit geben, daß diese Beweise erbracht werden. Uebrigens scheint Herr Böckel selbst an die Gültigkeitserklärung der Wahl nicht geglaubt zu haben; denn in seinem „Reichsherold“ hat er dazu aufgefordert, daß man denjenigen, welche den Wahlprotest unterzeichnet haben, die Kundschaft entziehe. (Beifall links.)

Abg. Richter (B.): Herr Böckel hat seine Verachtung ausgesprochen gegen diejenigen, welche die Personen in den Kampf ziehen. Mit welchen Waffen aber die Antisemiten arbeiten und in diesen Wahlkreise gearbeitet haben, beweist ein illustriertes Flugblatt, welches in diesem Kreise verbreitet worden ist und welches eine lange Prospektionsliste von 63 angeblich jüdischen Güterschlächtern. (Zuruf bei den Antisemiten: Thatsachen!) und einigen 60 Bauern enthält, die angeblich von Haus und Hof getrieben sind. (Zuruf bei den Antisemiten: Thatsachen!) Es heißt dann weiter, im Kreise Gelnhausen seien nach amtlichen Ermittlungen in acht Jahren nahezu 400 Bauerngüter von Juden ausgeplündert worden. Sie werden zugeben, daß diese Prospektionsliste sich gegen Personen richtet und geeignet ist, Haß und Erbitterung in weiten Kreisen hervorzurufen. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist von einigen Männern festgestellt worden, daß in diesen Bucherkreisen 14 doppelte genannt sind und 3 Christen sind. Bei 30 von 52 Fällen ist heute bereits durch amtliche Bescheinigung und durch Alten gerichtlich nachgewiesen, daß die gehässigen Behauptungen dieses gemeinen und erbärmlichen Flugblattes vollständig aus der Luft gegriffen sind. (Nebener tritt einige Spezialfälle.) Von den Bauern sind 44, soweit bis jetzt ermittelt, nicht durch jüdische Güterschlächter aus ihrem Erbe vertrieben. Ein Theil der Bauern existirt überhaupt nicht (Weiterkeit), und der andere lebt noch heute unangefochten und ungekört auf seinem Gut. Diejenigen, die mit solchen Waffen arbeiten, sollen sich hier nicht als unschuldig Verfolgte hinstellen. Ich halte es für die Pflicht aller Parteien, zum Wohle des Vaterlandes gegen dieses Unwesen mit ganzer Kraft aufzutreten. (Beifall links.)

Abg. Böckel: Es sind in der That zahlreiche Versammlungen der Antisemiten ohne Grund aufgelöst worden. Oder ist das etwa ein Anflug, wenn in einer Versammlung das Wort Jude fällt? Der Name Jude ist in Deutschland nicht ein Tabu, vor dem man auf die Knie fällt. Ueber die Regierung darf man schimpfen, über die Juden nicht. Es geht bei uns sehr ruhig zu (Lachen links), die Unbestimmungen gehen von fremden Eidenfrieden aus. Die Freisinnigen haben keine Ursache, sich über unaufrichtige Form unserer Seite zu beklagen, die Nationalliberalen wissen davon ein Lied zu singen, wie sie von den Freisinnigen behandelt worden sind. In einem freisinnigen Flugblatt hieß es, die national-liberale Fahne könne nicht mehr beschmutzt werden, wie sie schon beschmutzt worden wäre. Wenn man sagt, daß die Form der antisemitischen Agitation nachtheilig gewirkt habe, so verwechselt man Wirkung und Ursache. Hat etwa die Thätigkeit der Juden jüdisch auf das Volk eingewirkt? Lange vor der antisemitischen Bewegung wurde ein jüdischer Wachter und seine Frau von einem Bauern, den er von Haus und Hof vertrieben hatte, ermordet. Fragen Sie die Herren Juden, ob dieser Mord nicht passirt ist. Die Juden haben gezittert, weil ihnen das Gewissen schlug. In der Gerichtsverhandlung brachte das über die Juden erbitterte Volk dem Bauern Orationen dar. Seitdem wir die Bewegung leiten, ist so etwas nicht vorgekommen. Wenn der Abg. Gutknecht gemeint hat, daß ich an die Gültigkeitserklärung nicht geglaubt habe, weil ich die Bewohner des dortigen Wahlkreises zum Boykott aufgefordert habe, so erwidere ich ihm, daß

wir nur Nothwehr gebraucht haben, denn unmittelbar nach den Wahlen unserer Kollegen wurden die Fädenler von unseren Gegnern fortgetrieben mit dem Aufse: Wir brauchen keine antisemitischen Eier. Herr Richter hat von einer Proscriptionsliste gesprochen. Es ist nur wunderbar, daß Niemand von diesen Güterschlächtern wegen der Veröffentlichung dieser Liste eine Klage erhoben hat. Die angeblich Gefährten hätten doch dazu alle Veranlassung gehabt. Man hat hier von antisemitischen Hehlblättern gesprochen. In einem freisinnigen Flugblatt hieß es, Alles wäre besperrt, nur das Grab frei. Ich hätte nur den Wunsch, daß in diesem zollfreien Grab alle Freisinnigen sich begraben ließen.

**Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Liesem):** Was der Abg. Richter gegen die lange Liste vorgebracht hat, sind nichts als Behauptungen, für die ein Beweis nicht erbracht ist. Die Freisinnigen dürfen doch nicht den Anspruch erheben, daß man solchen Behauptungen gleich den Werth des Beweises beilegt. Herr Richter hat uns eine Reihe von Namen genannt, von denen feststehen soll, daß die gemachten Angaben nicht zutreffen. Diese Namen sind bereits acht Jahre lang durch die Presse gegangen und vor drei Jahren bei der Wahl zum ersten Mal in Form dieser „Proscriptionsliste“ — ich will nicht sagen, wie die Bauern es nennen — zusammengestellt worden. Die Behauptung, die der Abg. Richter unvorsichtiger Weise mit vorgelesen hat, daß im Kreise Gelehrten in acht Jahren 400 Güter ausgefacht sind, befindet sich in dem Bericht der Kommission zur Untersuchung des Buchers an dem Bande, ist also amtlich festgestellt. Ich weiß nicht, ob Herr Richter wirklich selbst meint, daß die Mehrzahl der Güterausfächter Christen — wir würden „Deutsche“ sagen — und nicht Juden sind. Herr Richter mag nur nach Hessen reisen, ich will ihn gern begleiten (Heiterkeit) und ihm den Gegenbeweis liefern. Herr Richter hat gemeint, hier wieder seine ungeheure Freundschaft für die Juden beweisen zu müssen. Es ist ja Thatsache, daß der Ausdruck „Jude“ für Sie immer ein Alarmsignal ist. Wir fällt da ein, was uns Major Lieber von den Arabern erzählte, wie diese über die Wismanische Schutztruppe urtheilen: „Sie sehen sich Hörner auf wie ein Büffel, brüllen wie ein Büffel, nehmen den Kopf zwischen die Beine und stürmen an.“ Das tortum comparationis liegt in dem ungeheuren Elan, die manche Schutztruppe und hier die Schutztruppe des Judenthums an den Tag legt, wenn das Alarmsignal „Jude“ ertönt. (Heiterkeit.) Wir werden dem Abg. Richter sehr dankbar sein, wenn er uns neues Material beibringt. Sie sind es ja immer, welche die Judenbedenken ins Haus bringen. Wir freuen uns darauf, und Sie sind uns noch mehrere schuldig. Sie wollten ja Anträge auf eine Reichsregelung gegen die Juden zur gewaltsamen Einführung jüdischer Referendare und auf Zulassung der Juden in das Offizierskorps stellen. Wir warten darauf. Will Herr Richter mit uns ein Tänzchen wagen, möge er's sagen, wir spielen ihm auf. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

Darauf wird der Kommissionsantrag angenommen. Die Wahl des Abg. Solly (Rp.), Vertreter des 5. Marienwerder Wahlkreises, wird ebenfalls beanstandet.

Außerdem beschließt das Haus dem Antrage der vierten Abtheilung gemäß, mehrere Anträge der Kommission bei den letzten Reichstagswahlen (Nichtunterzeichnung der Wahllisten durch den Wahlvorsitzenden, Ungültigkeitserklärung der Wahlzettel ohne Angabe der Gründe u. d. d. Umstand, daß im 1. Wahlkreise des Regierungsbezirks Königsberg die Annahmeerklärung des Abg. Graf Nolte den Haupttext statt im Original nur in beglaubigter Abschrift beigelegt ist — ein Mangel, der wohl daraus zu erklären ist, daß ein Autographensammler das Manuskript des verehrten Feldmarschalls an sich genommen hat (Heiterkeit), — der preussischen Regierung zur Kenntniß zu bringen, damit in Zukunft derartigen Vorkommnissen vorgebeugt werde.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Dritte Lesung der Samoa-Vorlage, weitere Berathung des Antrages wegen des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I., Rechnungsvorlagen und dritte Lesung des dritten Nachtrags-Gesetz.)

## 16. Sitzung der Arbeiterschutz-Kommission.

Berlin, 1. Juli.

Die „Freistimmung“, die sich gestern im Plenum schon ganz bedeutend bemerkbar gemacht, warf heute ihre Schatten auch auf die Gewerbeordnungs-Kommission. Eine halbe Stunde nach der festgesetzten Zeit war gerade die beschlußfähige Zahl (15) der Mitglieder anwesend. Die Berathung wird bei § 139a Abs. 3 wieder aufgenommen. Den Wortlaut desselben haben wir schon mitgetheilt. Es liegen eine Anzahl Anträge vor, welche zum Theil darauf hinauslaufen, die Spinnerereien aus dem Absatz zu streichen, d. h. die darin für dieselben vorgesehene Vergünstigung, die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter auf wöchentlich 64 Stunden erhöhen zu dürfen, nicht zu genehmigen; dagegen beantragt Möller (noll.) eine Erhöhung der Stundenzahl auf 66 pro Woche! In der Diskussion erklärt sich v. Kleist-Rehrow entschieden gegen dieses Ausbeutungsprivilegium für die Baumwollkönige, Möller plaidirt für die 66 Stunden, da der „Sprung“ von 72 Stunden — so lange sei, z. B. thatsächlich die Arbeitszeit in den meisten Spinnerereien — auf 64 zu groß sei; ihm sei sogar ein Fall bekannt, wo die Arbeiter gegen die Verkürzung der Arbeitszeit petitionirt hätten. Merkwürdiger Weise erklärt sich Herr Möller für das von ihm gegenüber den Sozialdemokraten so lebhaft bekämpfte System der stoffweisen Abwägung: jezt 66, nach ein paar Jahren 64 u. s. w. Als ein solches Stappensystem sozialistischer Seite für den allgemeinen Normalarbeitstag verlangt wurde, konnte man es gar nicht genug als „utopistisch“ und undurchführbar bezeichnen. Nun hat man zwar nichts dagegen, daß die tägliche Arbeitszeit für Frauen mit 10 Stunden aufrecht erhalten bleibt, will aber dann für die Ausnahmefälle, die dem Bundesrath zur Entscheidung überlassen bleiben sollen, allerdings die Freisthaltung an den 64 Stunden haben.

Abg. Grillenberger erklärt Namens seiner Freunde, daß sie nicht bloß die Vergünstigungen für die Spinnerereien, die meist erhebliche höhere Dividenden bezahlen als andere Branchen, denen solche Privilegien nicht eingeräumt sind, nicht bewilligen könnten, sondern auch nicht für die Ziegeleien, in denen man die Arbeitszeit für junge Leute gar auf 69 Stunden festsetzen will. Höchstens könnten sie sich dazu herbeilassen, dem Bundesrath die Vergünstigung zur Ertheilung beschränkter Ausnahmeverordnungen einzuräumen für solche Fabriken, welche durch die ganze Art des Betriebes gezwungen sind, regelmäßige Tag- und Nacharbeit durchzuführen. Die Arbeiter Deutschlands seien von den seitherigen Zuständen der Kommission ohnehin nicht erbaut, sie fänden die Beschlüsse schwächlich, nicht weitgehend genug; man solle daher die ohnehin so mageren Schutzbestimmungen nicht noch durch so zahlreiche und weitgehende Ausnahmen durchlöchern.

Ober-Reg. Rath König sucht aus verschiedenen Handels-Kammerberichten nachzuweisen, daß die Lage der Spinnerereien eine solche sei, daß sie derartige Ausnahmen z. B. nicht entbehren könnten. Er bittet um unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Schmidt-Ebersfeld wendet sich gegen Möller, der das merkwürdige Argument aufgestellt hat, mit Rücksicht auf schlecht eingerichtete Fabriken müsse die lange Arbeitszeit aufrecht erhalten werden. Das Umgekehrte sei richtig! gerade durch längere Arbeitszeit müßten die Fabrikanten gezwungen werden, bessere technische Einrichtungen zu treffen. Dadurch werde die Industrie nicht geschädigt, sondern es werde ihr genützt; geschädigt werden vorübergehend nur einzelne Personen, die nicht vorwärts wollen. Man sollte doch nicht immer sagen, jezt könne man nicht vorgehen. Die immer vorgeführte englische Konkurrenz sei nicht so arg, das beweisen die hohen Dividenden der Spinnerereien. Jezt sei man

einmal an der Arbeit, also möge man etwas Durchgreifendes schaffen und nicht durch übermäßige Frauen- und Kinderarbeit die Volkskraft ruinieren.

Dr. Hirsch ist ebenfalls für die Streichung der Spinnerereien. Er weist aus dem Bericht des badiischen Fabrikspektors nach, daß die Arbeit in diesen Fabriken denn doch keine so leichte sei, wie sie der Regierungsvorlage hingestellt hat. Auch den Ausführungen Grillenbergers über die Ziegeleien stimmt er bei.

Herr v. Kleist-Rehrow nimmt die Ziegeleien in Schutz. Die Arbeit finde „in Gottes freier Natur“ statt, auch sei das Abtragen von Mergeln keine schwere Arbeit!

Ober-Reg. Rath König's Bestimmung über die Ziegeleien betreffe hauptsächlich die Feldziegeleien, welche bis jezt als Fabriken nicht gegolten haben. In denselben sei die Arbeitszeit eine ganz unbeschränkte gewesen, von Sonnenaufgang bis tief in die Nacht, da sei es zu hart, auf einmal einen allzu großen Schritt zu thun.

An der Debatte betheiligten sich weiter von Stumm und Möller, welche letzterer seine „weitergehenden Wünsche“ zurückzieht, da er aus dem Gang der Diskussion ersehen, daß sie keine Aussicht auf Annahme haben, dagegen plaidirt er im Interesse der Lippe-Deinolder Arbeiter“ entschieden für die 69 Stunden in den Ziegeleien. Dr. Lieber beantragt für letztere 64 Stunden.

Bei der Abstimmung werden die Spinnerereien mit allen gegen die Stimmen Stumm, Hartmann und Klein-Sachse (offen) gestrichen, die Anträge Stumm und Hise abgelehnt, der Antrag Lieber (64 statt 69 für Ziegeleien) angenommen, ebenso der Unterantrag Kleist, daß die Nacharbeit 10 Stunden nicht überschreiten darf, und darauf der ganze Absatz in folgender Fassung angenommen:

„Für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nacharbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken und Werkstätten, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet, oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahresarzeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den in §§ 135, Absatz 2-4, 136, 137, Absatz 1-3, vorgesehenen Bestimmungen nachzulassen. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von 36, für Arbeiterinnen über 16 Jahren von 64, für junge Leute die Dauer von 60, in Ziegeleien von 64 Stunden wöchentlich, bei Nachtzeit 10 Stunden nicht überschreiten, und sind zwischen diesen Arbeitsstunden Pausen von zusammen mindestens 1 Stunde zu gewähren.“

Zum Absatz 4 des § 139a beantragt Möller, denselben, der nach der Regierungsvorlage nur bestimmt, daß die Beschlüsse des Bundesraths durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen sind, wie folgt zu fassen: „Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind dem nächsten Reichstag vorzulegen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt.“ Nach kurzer Debatte und einer ablehnenden Erklärung des Handelsministers wird der Antrag Wälder mit 11 Stimmen gegen die freisinnigen, sozialdemokratischen und die Stimmen Lieber und Stödel abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen mit dem Zusatz Hise, wonach dem Reichstag die Beschlüsse bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen sind. Der ganze § 139a wird mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen.

Schluss der Sitzung um halb 1 Uhr. Die nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, den 5. November, Vormittags 11 Uhr. Die bis jezt gefaßten Beschlüsse werden zusammengestellt und den Mitgliedern gedruckt zugesandt.

## Tokales.

**Eine Episode aus dem Jahre 1848** verdient wieder hervorgehoben zu werden. In Potsdam fanden, wie allerwärts in diesem Jahre, unter freiem Himmel Volksversammlungen statt und zwar in dem sog. Schragen am Bornstedter Feld, wo meist der kürzlich verlorene Dittenshofer und Max Dortu Anreden hielten. Die Mannschaften des Garde-Kürassier-Regimentes sympathisirten damals sehr mit den Volksbestrebungen, während die Garde-du-Corps konfervativ geblieben waren. In einer eines Sonntags zwischen Ostern und Pfingsten stattfindenden Versammlung im Schragen kam es nun zu Heibereien zwischen Mannschaften der beiden Regimenten, welche am nächsten Tage fortgesetzt wurden und zwar in einer Versammlung, welche im Kasino in der Kaiserstraße zu Potsdam, da, wo sich jezt die Oswald Bier'sche Filiale befindet. Ein früherer Artillerieoffizier hielt dort einen Vortrag, zu dem sich auch viele Kürassiere eingefunden hatten. Pöblich erschienen nun, unter Anführung des Wachmeisters Wendt, eine große Anzahl Garde-du-Corps, welche sämmtlich mit Schmelbeinen bewaffnet waren, die sie zuvor in der Kaserne aus ihren Schmelben herausgeschlagen hatten. Damit schlugen sie auf die gänzlich wehrlose Menge ein und es entband eine große Schlägerei, durch welche die Volksversammlung gesprengt wurde; der Vortragende mußte sich, weil er sehr bedroht wurde, in einem Kamin verstecken. Inzwischen war aber in Potsdam die Martrommel gerührt, die Bürgerwehr trat zusammen und arreirte die Garde-du-Corps, welche nach der Schloßwache gebracht wurden. Dort ließ man aber die Leute, welche man durch das Fortunaportal hereingebracht hatte, durch das Portal in der Humboldtstraße wieder laufen, bis dies bemerkt wurde, woraufhin die Garde-du-Corps nach dem Rathaus gebracht wurden. Im Arrestlokal lagen später die Schmelbeine aufgeschichtet und zwar etwa in Höhe eines Hauses Holz. In Potsdam wurde infolge dieses Vorganges darum petitionirt, daß die Garde-du-Corps verlegt würden, andererseits aber von einem Pofamentier Schulz eine Gegenpetition ins Werk gesetzt, die auch Erfolg hatte. Der Berliner Volkswirth bemächtigte sich sofort dieser Affäre. Es erschien ein Flugblatt, auf dem zwei verlehrt auf Eisen stehende Garde-du-Corps abgebildet waren und das den Titel führte: Die Potsdam'schen Schmelbeinen-Feldern, genannt Jandelofers. Sie reiten hier sehr schön Parade, doch ist es um die Fabelschade. Ein kleiner Anhang zu den Kränzebisch von August Buddelmeyer, Tages-Schriftsteller mit'n großen Bart.“

**Parlamentarisches Zukunftslokal.** Das Hamburger „Freundenblatt“ ist in der Lage, einen eingehenden Bericht des Reichstags vom 28. Juni 1900 über die zweite Berathung einer Militärvorlage der Zukunft schon jezt, wie folgt, mitzutheilen:

Kriegsminister Graf Wisman von Baga-mo u. o. Meine Herren! Nicht ohne eine gewisse Unkommenheit nehme ich das Wort, um Ihnen die Annahme der neuen Militärvorlage aus Herz zu legen. Wo aber die bringende Nothwendigkeit gebieterisch spricht, muß jedes Bedenken zurücktreten. Nachdem Frankreich die Präsenzstärke seines Heeres gewaltig erhöht hat, müssen auch Sie der Vorlage zustimmen, falls Sie das Reich den Feinden nicht überantworten wollen. Aber Sie sind die Feinde hinsichtlich der neuen Last doch weit übertrieben. Die Präsenzstärke unseres Heeres ist in den letzten 10 Jahren von etwa einer halben Million auf 1 350 000 gestiegen. Meine Herren! Was kommt denn schließlich darauf an, ob wir noch 141 000 mehr fordern, um auf die runde Zahl von 1 500 000 zu kommen. Ich appellire an Ihr patriotisches Gemüth; bewilligen Sie die Vorlage, es wird gewiß an Sie so leicht keine neue Forderung gestellt werden. (Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Windhorst: Meine Herren! Die neue Forderung ist doch wirklich unerhört. Ich weiß nicht, woher der Herr Kriegsminister den Muth nimmt, uns damit zu kommen. (Sehr wahr! bei dem Centrum und auch der Linken, Zischen rechts.) Zumal die Bildung der acht neuen Frauen-Regimenter finde ich geradezu empörend (Psi! rechts, lebhafter Beifall links). Meine Herren!

Da es einmal nicht anders geht, so werde ich der Vorlage zustimmen, natürlich nur unter der Bedingung, daß meine Resolution, die ich Ihnen vorlegen werde und die sich fernere Militärforderungen verbietet, angenommen werde. (Zürnender Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Reichert: M. H.! Sie sehen, wohin wir gekommen sind, aber es ist unabsehbar, wohin wir noch kommen werden. Ich habe Sie gewarnt, Sie sehen, daß ich Recht gehabt habe. Ueber Herrn Windhorst wundere ich mich gar nicht. Er hat ja auch vor zwei Jahren erst die damalige Vorlage verdammt und schließlich doch jeden Groschen und jedes Weib bewilligt. M. H.! die Forderung der zweijährigen Dienstzeit ist uns zwar bewilligt; aber unter welchen Bedingungen! Betrachten Sie einmal das Leben eines jeztigen Reichsbürgers! Im fünften Jahre wird er in der Stammrolle eingetragen. Vom 6. bis zum 14. Jahre muß er täglich zwei Stunden erzögern. Vom 14. bis zum 17. Jahre muß er täglich 2 1/2 Stunden Gräse machen, schießen und alle übrigen militärischen Exerziten ausführen. Muß da nicht die übrige Bildung verkümmern? Nehulich ist es mit den Mädchen. Früher hieß es: Ehret die Frauen, sie flechten und weben u. s.; jezt variirt man: Fürchtet die Frauen, sie flechten u. s. M. H.! Wir wollen den Regierungen entgegen kommen und die Vorlage annehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die Militärschicht des weiblichen Geschlechtes wieder aufgehoben wird.

Militärbevollmächtigter General Vogel von Falkenstein: Meine Herren: Die Frauen-Regimenter sind uns unentbehrlich; so lange Frankreich an den Grenzen festhält. Unsere Grenzgebirge haben sich in Dahomey überzeugt, daß die Frauen für den Kriegsdienst ganz besonders geeignet sind, und uns selbst haben ja die Amazonen, die sich vor zehn Jahren zuerst in Hamburg produzierten, den Beweis geliefert, daß das weibliche Geschlecht tüchtige Soldaten abgeben kann. Die Erfahrung hat uns nicht getäuscht. Jedenfalls, meine Herren, sind sie für die Verteidigung der Festungen vollkommen hinreichend, und sie machen es mir möglich, im Falle eines Krieges sofort 12 Millionen Mann an die Grenze zu schicken. Uebrigens fühlen sich die Soldatinnen in der Kaserne sehr wohl. Während die Fabrikarbeiterinnen meist hungrig und kränzlich aussehen, blühen die jungen Mädchen in der Kaserne wie die Rosen, Dank der Bewegung im Freien und der brillanten Verpflegung.

Nachdem die Vorlage noch von Bennisgen empfohlen worden ist, wird sie angenommen. Ebenso wird die Resolution Windhorst's: die Regierung möge in Betracht ziehen, ob es nicht gut sei, in den nächsten sechs Monaten keine neue Vermehrung der Präsenzstärke zu fordern, angenommen. Gegen Vorlage und Resolution stimmen 109 Freisinnige, 78 Sozialdemokraten und 5 Wilde, darunter Meyer-Belgofand.

**Ueber einen Eisenbahnunfall**, der sich am letzten Sonnabend Nachmittag auf Bahnhof Westend zugetragen hat, berichtet die „Neue Zeit“: An einem Stadtbahnzuge verlagte beim Einfahren in den Bahnhof Westend die schadhast gewordene Garbysche Lokomotive, so daß der Lokomotivführer die Gewalt über den Zug verlor und dieser mit Wucht gegen den Pressbock am Ende des Schienenlaufes fuhr. Der Stoß war so heftig, daß die Puffer der Lokomotive verbogen und die Fahrgäste in den Wagen recht unangenehm hin- und hergeschleudert und mehrfach verletzt wurden. Eine Dame aus Charlottenburg war vom Bahnhof Thiergarten nach Westend gefahren, um auf dem dortigen Kirchhof an dem Grabe ihres Kindes einen Kranz niederzulegen; dieselbe kam so übel davon, daß sie mit Droschke nach ihrer Wohnung zurückgebracht werden mußte, wo sie jezt in ärztlicher Behandlung sich befindet. Es hat sich bei ihr die sogenannte „Railway spine“ gezeigt, eine Krankheit, die wesentlich in nervösem Zittern besteht.

**In der Frau'schen Mordsache** erfahren wir an amtlicher Stelle, daß der von seiner Frau bezichtigte Arbeiter sich noch auf freiem Fuße befindet, da noch kein genügender Grund zu der Verhaftung vorliegt.

**Ein Scherz**, verübt in übermäßiger Becherlaune, hat gestern gegen 1 Uhr Morgens den Tod des Arbeiters Schabte zur Folge gehabt. Sabatte war in der Klaviaturfabrik Mühlenstraße 8, beschäftigt. Mit zwei anderen Arbeitern derselben Fabrik, D. und M., begab er sich vorgestern Abend nach beendigter Arbeit in ein Schanklokal in der Nähe der Fabrik und dort blieben sie beim Glas bis die Polizeistunde ihrem Vergnügen ein Ende machte. Als sie in gebobener Stimmung auf dem Heimwege auf der Oberbaumbrücke angelangt waren, saßen D. und M. ihren Gefährten und haben ihn lachend mit der Bemerkung, ob er wohl einen Sprung wagen würde über das Brückengeländer. Nach Sabatte Zeit gefunden hatte zu antworten, waren die Kräfte seiner Gefährten erlahmt; sie ließen den Mann in das Wasser fallen und er ertrank, obgleich D. und M. ihm sofort des Rettungsring zuwarfen. D. und M. sind verhaftet worden.

**Entlaufener Knabe.** Aus Furcht vor zu erwartender Strafe hat sich am 25. Juni der 13 1/2 Jahre alte Max Niederstraf aus der in der Ottostraße 1 belegenen Wohnung der Eltern entfernt, ohne bis jezt dorthin zurückgekehrt zu sein. Die Eltern das Verschwinden ihres Kindes außerordentlich geängstigt, bittet, falls Jemand über irgend welche Spur des Flüchtigen Auskunft ertheilen kann, event. Nachrichten nach dem obengenannten Adresse oder nach der nächsten Polizeiwache gelangen zu lassen. Der Knabe war bekleidet mit blauer Hose weiß Weste, graubraunem Jaquet, braunem Hut und Schaffstiefeln.

**Verunglückter Feuerwehrmann.** Ein schwerer, recht bedauerlicher Unglücksfall trug sich am Montag, Vormittags gegen 11 Uhr, vor der Feuerwache in der Oberbergerstraße zu. Zur genannten Zeit sollten auf ein Klammfahnen die Pferde von einem Mannschaffswagen gespannt werden, als eines der feuertigen Thiere den Kutscher, welcher in gebückter Stellung hinter den Pferden lauerie, plötzlich ausschlagend derartig ins Gesicht traf, daß dieser sofort benommen zu Boden sank. Dem Unglücklichen, welchem die rechte Backenseite gespalten und der Unterkiefer total zerschmettert war, wurde durch seine Kollegen ein Nothverband angelegt, worauf die Ueberführung des Schwerverletzten nach dem nächstgelegenen Krankenhaus erfolgte.

**Geizhals.** Eine recht empfindliche Lektion wurde am Dienstag Morgen einem rohen Thierquälzer zu Theil. Derselbe, Kutscher eines Privat-Fuhrwerkes, schlug in der Hamburgerstraße, woselbst das eine seiner Pferde schente und weder vorwärts noch rückwärts wollte, nachdem er vom Bod gefressen, mit wahrhaft thierischer Bestialität fortwährend dem armen Thier auf den Kopf. Als einige Passanten ihrem Unwillen über diese Nothheit Ausdruck gaben, wurde der Mensch nur noch wüthender, lechzte seine Peitsche um und hieb nun mit dem dicken Ende derselben so lange ein, bis sich ein Blutstrom aus den Nüstern des gequälten Thieres ergoß. Das war den braven Arbeitern, die Zeuge des Vorganges gewosen, nun aber zu viel. Im Augenblick hegte man dem rabiaten Kerl die Peitsche entzissen und nun regnete es Hageldichte Hiebe auf ihn hernieder, bis er laut jammernd um Gnade bat. Ein Zeuge stellte den Namen des Thierquälzers fest, um Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

**Ein vornehmer Rowdy**, der eine Schlägerei auf dem Perron eines Pferdebahnhofs provoziert, wurde am Montag Mittag auf der Fahrt von Rankow nach Berlin dingfest gemacht. Als Schlägerei auf dem Perron ein feingeliebter Herr, wie sich später herausstellte, ein in der Nähe des Oranienburger Thores wohnender Fabrikant, den daselbst haltenden Pferdebahnhofs; auf der Fahrt nach der Stadt kam es zwischen dem Schaffner und dem Perron stehenden Passagier aus einem geringfügigen Grunde zu einer erbitterten Wortwechsel, der schließlich damit endete, daß der Beamte den Exzedenten vom Wagen wies. Damit dessen jedoch hieb der Fabrikant dem Schaffner mit einem dicken Spazierstock mehrere Male hintereinander derartig auf den Kopf, daß derselbe blutend zusammenbrach. Passanten hatten jedoch die brutale Mißhandlung des Schaffners mit angesehen, nahmen den feingeliebten Rowdy fest, bis mehrere Schutzleute hinzukamen und den Tobenden und wüthend um sich Schlagenden nach der nächsten

Polizeiwoche schafften. Die Wunden des Kondukteurs sind zum Glück ungefährlich.

**Heberfallener Kriminalbeamter.** Als gestern Morgen gegen 6 Uhr der bei der Kriminalpolizei angestellte Beamte G. den Friedrichshain passierte, traf er auf eine Schaar Burschen, welche sich jöhend in den Spatiergängen umhertrieben. Während G. dieselben zur Ruhe mahnte, erhielt er von hinterwärts einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf, so daß das Blut aus einer klaffenden Wunde herausströmte. Es gelang dem Beamten, einen der Burschen zu erfassen und mit Hilfe hinzugekommener Schutzleute dingest zu machen. G. ließ sich im Krankenhaus Friedrichshain sodann einen Rothverband anlegen.

**Im Beisehung von Aschenresten** auf einem hiesigen Kirchhofe war kürzlich ein Privatmann beim Konfistorium der Provinz Brandenburg bittend eingekommen. Jetzt hat der Antragsteller einen abschlägigen Bescheid erhalten mit der Begründung, daß die Verbrennung von Leichen der christlichen Sitte widerstreite, daher auch die Beisehung der Aschenreste dem Zweck der kirchlichen Begräbnisplätze widerstreite. — (Auf dem neuen Gemeinde-Zentralfriedhofe wird beabsichtigt ein Kolubarium zur Aufnahme von Aschenurnen errichtet.)

**Polizeibericht.** Am 30. v. Mts. Morgens wurde ein Mann auf der Treppe des Hauses Wrangeistr. 76 erhängt vorgefunden. — Zu derselben Zeit fiel an der Ecke des Kurfürstendamms und des Köpenicker-Ufers der Dresdener Schneider infolge Bruchs der Vorderachse vom Boot, so daß die umgestürzte Drochse auf ihn fiel und er anschließend schwere innere Verletzungen erlitt. — Vormittags wurde ein Oberfeuerwehrmann vor dem Feuerwehrt-Depot Oberbergerstr. 24 von dem Pferde eines Mannschutzwagens geschlagen und erlitt außer einer Gehirnerschütterung eine bedeutende Verletzung des linken Auges, so daß er nach der Universitäts-Klinik gebracht werden mußte. — Mittags schoß sich ein Mann in seiner Wohnung in der Mühlenstraße eine Kugel in den Kopf und verstarb bald darauf. — Abends wurde in der Spree hinter dem Grundstück Holzmarktstr. 20/21 die Leiche eines unbekanntes, etwa 25 Jahre alten Mannes aufgefunden. — In der Nacht zum 1. d. M. brachte der obdachlose Buchbinder Göhr vor dem Hause Eimiserstr. 38 infolge eines Streites einem anderen Mann mittelst eines Taschenmessers einen Stich in den Unterleib bei, so daß er sofort zusammenbrach. Der schwer Verletzte wurde zunächst nach der Sanitätsstation in der Eichendorffstraße und von dort nach der Charité gebracht. — Am 30. v. M. fanden an zwei Stellen kleinere Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Einen jahrelangen erbitterten Kampf** mit allen Zweigen der Strafrechtspflege bis zu den höchsten Instanzen führt der Schiffbauer August Rückert zu Gremmen, welcher gestern wegen Verleumdung eines ganzen Richterkollegiums vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I stand. Der jetzt 65jährige Angeklagte ist vor etwa 10 Jahren zum ersten Male mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gerathen und erlitt eine Gefängnisstrafe wegen Betruges. Aus dieser Sache ging wieder eine Anklage wegen Meines gegen ihn hervor, er wurde dieserhalb zu einer Zuchthausstrafe verurtheilt. In vielen Beschwerdeschriften und Anzeigen an die obersten Behörden behauptete Rückert, daß er das Opfer einer Anzahl von Personen geworden sei, die ihn vernichten wollten und er bezichtigte die Richter und Staatsanwälte der haarsträubendsten Ungeachtetheit. Ueberall zurückgewiesen, wurde er von einer äußerst erbitterten Stimmung gegen die Justizbeamten ergriffen. Vor einigen Jahren bildete Rückert den Mittelpunkt eines Ereignisses, welches in Gremmen und Umgegend bedeutendes Aufsehen erregte und auch später die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt hat. Rückert, der zur Verbüßung einer Strafe von der Polizei geführt wurde, hielt sich in einem auf freiem Felde belegenen Gehöft verborgen. Der Gendarm zu Gremmen, der hiervon Kenntniß erhielt, beschloß, ihn gefangen zu nehmen; bei der Befählichkeit des Flüchtigen, der über große Körperkräfte verfügte und von dem man die äußerste Vertheidigung erwarten durfte, mußten aber hierzu besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Zunächst wurde ein Briefträger nach dem Gehöft geschickt, der an Rückert einen Brief gegen Empfangsbescheinigung abzugeben und sich dadurch von dessen Anwesenheit zu überzeugen sollte. Nachdem dies geschehen, rückte in unerbittlicher Weise ein Platoon gegen das Gehöft vor. In demselben waren Gendarm und Polizisten verborgen, welche in der Nähe des Hauses ihr Versteck verließen und alle Ein- und Ausgänge des Gehöftes besetzten. Der Gendarm fand den Flüchtling im Keller; derselbe vertheidigte sich aber mittelst eines Säbels, kam an dem Gendarmen vorbei und flüchtete die Treppe hinauf in die Oberstufe, wo er sich regelrecht verbarrikadirte. Als es seinen Verfolgern schließlich gelang, die Thür zu sprengen, trat ihnen Rückert mit einem Revolver in der Hand, entgegen und drohte, jeden niederzuschießen, der sich ihm näherte. Die Beamten zogen sich zurück und berathschlagten unten, was zu thun sei. Während dieser Zeit versuchte Rückert das Weite zu gewinnen. Er ließ sich durch das Fenster auf den Hof hinab und wollte nun eine in der Nähe befindliche Schenke erreichen. Seine Verfolger entdeckten ihn aber und so blieb ihm nichts anderes übrig, als zunächst in einen kleinen Stall zu flüchten, dessen Thür er wiederum von innen verriegelte. Wieder legam die Belagerung. Es wurde schon der Vorstoß gemacht, ihn anzunähern, da sah der Gendarm, daß Rückert durch ein Loch, das er in die Wand gebrochen, sich hindurchzuwinden suchte. Er eilte hinzu und machte ihn durch einen Hieb auf den Kopf widerstandsunfähig, worauf seine Festnahme erfolgen konnte. Die Angelegenheit trug Rückert eine anderthalbjährige Gefängnisstrafe ein und hat ihm wiederum Veranlassung gegeben, sich über Richter, Staats- und Rechtsanwälte zu beklagen, er behauptete sogar, daß es die Gefängnisbeamten darauf abgesehen hätten, ihn zu verberben. Im geistigen Termine wurde ein Schriftstück verlesen, welches Rückert an den Justizminister gerichtet hatte. Es war eine detaillierte Beschreibung seiner Leidensgeschichte und so umfangreich, daß die Verlesung fast 2 Stunden in Anspruch nahm. Die Beschwerdeschrift sprach von Verleumdungen der größten Art gegen die meisten der Hochgestellten, mit denen Rückert in Verbindung gekommen war. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn die höchste zulässige Strafe, ein Jahr Gefängnis. Der Angeklagte versicherte, daß es ihm nur darum zu thun gewesen sei, die Wahrheit ans Licht zu bringen, auch nicht ein Wort könne er zurücknehmen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Stadthagen, beantragte die Freisprechung des Angeklagten, der durchaus den Eindruck machte, als habe er nur seine berechtigten Interessen wahrnehmen wollen. Der Gerichtshof beschloß aber, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

**Wegen Majestätsbeleidigung** hatte sich am Dienstag der Sattler Johann Friedrich Krüger aus Nixdorf vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Am 12. Februar d. J. fand in Nixdorf eine von der Arbeiterpartei einberufene Wähler-Versammlung im Riesigfischen Lokale statt, in welcher auch der Angeklagte das Wort ergriff. Im Laufe seiner Ausführungen kam er auf die kaiserlichen Gräße zu sprechen und kritisierte dieselben. Der überwachende Gendarm sah sich veranlaßt, den Redner mitten in der Rede zu unterbrechen und die Auflösung der Versammlung anzufordern. Schon in einer früheren Verhandlung hatte der Angeklagte behauptet, daß seine Ausführungen ganz anders gelaute hätten, als wie die Anklage behauptet, weshalb damals die Verurteilung und die Verurteilung einer ganzen Reihe von Ver- und Entlastungszeugen beschlossen wurde. In der geistigen Verhandlung standen nun die Aussagen diametral gegenüber. Der Angeklagte gab an, folgende Worte gebraucht zu haben: „Wenn der Inhalt der

lauffelichen Gräße zum Gesetz erhoben wird, was ich bezweifle, so werden wir dafür sorgen, daß es uns nicht so geht, wie mit der bisherigen Sozialreform, die unter den Händen der konservativen Partei im Reichstage die Gestalt eines abgenagten Schinkenlebens angenommen hat!“ Während nun die Belastungszeugen behaupteten, daß der Angeklagte nicht von der bisherigen Sozialreform gesprochen, sondern sich im Sinne der Anklage ausgelassen habe, bekräftigten die Parteigenossen den vom Angeklagten angegebenen Wortlaut und behaupteten, ein Mißverständnis auf Seiten der Belastungszeugen sei ebenso leicht möglich wie erklärlich, denn der Angeklagte spreche überaus schnell und wenig deutlich, so daß nur diejenigen ihn genau verstehen, die ihn schon genau kennen und sehr genau Acht geben. Außerdem habe der Gendarm den Angeklagten mitten in der Rede unterbrochen, so daß die Belastungszeugen den Nachsatz, welchen der Angeklagte ausgesprochen, gar nicht hören konnte. Der Gerichtshof war nun zwar nicht der Meinung, daß die Unschuld des Angeklagten erwiesen sei, neigte sich aber doch der Ansicht des Vertretigers des Rechtsanwalts Heym zu, daß die Möglichkeit eines Irrthums auf Seiten der Belastungszeugen nicht von der Hand zu weisen, die Sache demgemäß nicht genügend aufgeklärt und daher der Angeklagte freizusprechen sei.

## Soziale Ueberblick.

**Anruf an die Schlächtergesellen Berlins und Umgegend.** Kollegen! Wacht auf! Schließt Euch einer Organisation an! Seht hin nach Hamburg! dort habt Ihr ein kräftiges Beispiel, wie unsere Arbeitgeber, verbunden durch Kapitalinteressen, die Organisation unserer dortigen Kollegen und Arbeitsgenossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu vernichten wollen. Ihre Lösung ist: „Nieder mit dem politischen Recht der Arbeiter! Nieder mit der Koalitionsfreiheit!“ Kollegen! Hier in Berlin wird es uns nicht besser gehen, wenn wir nicht zeitig daran denken, uns fest zu organisieren. Denkt an Eure elende Lage! Denkt nur an Eure ausgebeutete Arbeitszeit! Nicht einmal der Sonntag bleibt Euch frei. Kollegen, ob jung, ob alt, Eure Pflicht ist es, beizutragen, daß wir Schlächtergesellen Berlins einen Ehrenplatz in der modernen Arbeiterbewegung einnehmen. Und dieses geschieht nur dadurch, daß wir uns organisieren. Bedenkt die Zukunft, und wenn nur ein Funken Ehrgefühl in Euch schlummert, so ist es Eure Pflicht, einer Organisation beizutreten, welche den Zweck hat, unsere Interessen zu wahren, eine Verbesserung unserer Lage in materieller, geistiger und sittlicher Beziehung zu erreichen. Eine mit den Verhältnissen in Einklang stehende Arbeitszeit ist nöthig. Kollegen! Geht auf den § 152 der Gewerbeordnung kann kein Arbeitgeber das Erscheinen in einer in nächster Zeit stattfindenden Versammlung verbieten. Aufgabe der betreffenden Versammlung soll es sein, eine freie Vereinigung der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend zu gründen. Kollegen, beweist, daß Ihr Eure Lage erlangen habt und erscheint alle, Mann für Mann, in der am Sonntag, den 6. Juli, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in May's Sälen, Beuthstraße 22, I, stattfindenden öffentlichen Schlächterversammlung.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Stvoaige Zuschriften sind zu richten an  
Theodor Reblinke,  
Berlin, Prinzenstraße Nr. 17.

**Achtung! Drechsler und Verfnagenossen aller Branchen Berlins.** In der öffentlichen Versammlung vom 19. Mai d. J., in welcher wir uns über die Bedeutung des 1. Mai Arbeit verschaffen, wurde u. A. beschlossen, eine Petition an den Deutschen Reichstag zu senden, in welcher die gefühlvolle Verwirklichung der Forderungen des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris gefordert wird und das Bureau der Versammlung: die Kollegen Strohmeier, Chorinerstr. 83, Luz, Kottbuserdamm 21 und de Jung, Waldemarstr. 8 beantragt, Petitionslisten zu stellen zu lassen und die so gesammelten Unterschriften an den Deutschen Reichstag zu senden. Da nun der Termin immer näher rückt, an welchem dies geschehen soll, so werden die Kollegen erucht, die Sammlung von Unterschriften fleißig und mit aller Energie zu betreiben, damit unsere Gewerkschaft mit einer Zahl von Unterschriften am Platze erscheint, die keinem Zweifel mehr Raum giebt, daß auch wir die unbedingt notwendig gewordene Umgestaltung unserer heut unbilligsten Verhältnisse begriffen haben.

**Arbeiter! Kollegen!** suche ein Jeder ausflüßend im Sinne dieser Petition zu wirken, überall zu Hause und in der Fabrik und wo es sonst nur eben möglich ist, nur dann, aber auch nur dann wird es uns möglich, ein Verhängnis von uns abzuwenden, welches uns vollständig dem körperlichen sowohl, wie dem geistigen Sichthum, wenn auch langsam aber desto sicherer überliefert. Also auf! Thue ein Jeder seine Schulpflicht! Bedenke ein Jeder, was für ihn auf dem Spiele steht. Die letzten Verhandlungen im Reichstage zeigen uns nur zu deutlich, wie man den Arbeitersinn aufstaut auf Seiten derjenigen, von der wir leider abhängig sind. Mit kollegialischem Gruß: J. A. Ernst de Jung, Waldemarstr. 9. — Petitionslisten sind zu haben, außer bei obengenannten Kollegen, in den bekannten Zahlstellen Sonnabends von 8 1/2 Uhr Abends an, sowie täglich von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends in Arbeitsnachweis bei Grindel, Dresdenstr. 116, daselbst werden auch die „beschriebenen“ in Empfang genommen bis spätestens Sonnabends, den 16. August.

**Wir erhalten folgendes Schreiben:** Durch Maßregelungen der Kollegen hier am Orte sehen sich Unterzeichnete veranlaßt, die reisenden Kollegen zu eruchen, den Bezug nach hier streng fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Tabakarbeiter Potsdams.

**Der Kongress aller gewerblichen Arbeiter Deutschlands in Hannover** wurde am 29. Juni durch Herrn Vohrer eröffnet. Provisorischer Vorsitzender ist Ohlendorf-Abfeld. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wird durch die Mandate-Prüfungskommission festgestellt, daß 35 Delegirte, welche 34 Städte vertreten, anwesend sind. Es wurde daraus beschlossen, von 9 bis 1 Uhr und von 3—7 Uhr, event. auch Abends zu tagen. Es wurde daraus die definitive Leitung gewählt und zwar: Vohrer-Hannover als 1., Lucas-Hamburg als 2. Vorsitzender. 1. Schriftführer: Thielhorn-Linden, 2. Assistenten, Magnus-Golberg, Neimer-Hensburg. Als Redner wurde festgesetzt: für Diskussion 2 mal 10 Minuten Zeit. Es folgen darauf die Situations-Berichte der einzelnen Delegirten in folgender Reihenfolge: Brante-Osterode, Heitsch-Nelken, Minne-Harburg, Wassermaun-Schönningen, Wassermaun-Helmstedt, Broer-Hagen, Mitteldorf-Verden, Thielhorn-Linden, Ohlendorf-Braunschweig, Hentel-Hannover, Buchholz-Wandsbek, Wilhelm-Hannover, Vohrer-Hannover, Vohrer-Bildich, Barz-Gamela, Steuers-Pimmer, Vogt-Hamburg, Krens-Hamburg, Lucas-Hamburg, Malch-Höchst a. M., Brunow-Möllingen, Neimer-Hensburg, Neimer-Bergebor, Neimer-Göttingen, Vogt-Glebefeld.

## Versammlungen.

**Im Prenzlau-Ingermünder Reichstage-Wahlkreis** findet heute an Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten von Wedell-Malsow die Nachwahl statt. Seitens der Deutschfreisinnigen wird Alles aufgeboten, um das Mandat den Konservativen zu entreißen und fanden täglich Versammlungen statt, in denen sämmtliche Korpphären der freisinnigen Reichstagsfraktion

schon aufgetreten sind. Für die Sozialdemokraten ist es ein Hauptzweck zuzuhören, wie jede der Parteien die „Treu zu Kaiser und Reich“ für sich in Anspruch nimmt. Ja, der Abgeordnete Vermees vertiegt sich in einer Wählerversammlung in Prenzlau sogar so weit, daß er sagte, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß in der neuen Ära die Regierung aus den Reihen der Deutschfreisinnigen sich zusammensetze. Demnach wäre der Ministertraum verschiedener Staatsmänner der deutschfreisinnigen Partei der Verwirklichung nahe, wozu wir schon im Voraus gratulieren. Die Sozialdemokraten, welche ebenfalls vor acht Tagen in den Wahlkampf eintraten, mußten erleben, daß auch ohne das Sozialistengesetz es noch immer möglich ist, durch allerhand Partei- und andere Chikanen eine wirksame Agitation zu verhindern.

Außer in Prenzlau und Schwedt war es absolut unmöglich, sozialdemokratische Wählerversammlungen zu veranstalten. Es lag das theils daran, weil die Wirth ihre Säle freiwillig verweigerten, oder von den Gegnern und der Polizei veranlaßt wurden dieselben nicht herzugeben, theils weil die unteren Polizei- und Verwaltungsorgane eine geradezu haarsträubende Unkenntnis der Vereins- und Wahlgesetze an den Tag legten und Einberufer von Versammlungen so lange einzuschüchtern wußten, bis diese die Anmeldung zurückzogen.

In Joachimsthal, einem Städtchen von 3000 Einwohnern, welche zu 2/3 aus armen Steinklopfern bestehen, hatte uns ein Wirth seinen Saal bereit seit zugegagt. Als jedoch am Abend desselben Tages der konservatieve Kandidat, Landrath von Winterfeldt, mit Oberförster und Bürgermeister nebst dem übrigen Anhang dort einkehrte, erklärte uns später der Wirth, daß er unter keinen Umständen sein Lokal noch hergeben könne; ohne natürlich einen bestimmten Grund anzugeben. Als sich hierauf ein kleiner Bauer dazu herbeiließ, seinen Hofraum zur Verfügung zu stellen, erfolgte auf die Anzeige der Versammlung unter reinem Himmel durch den Bürgermeister wörtlich folgender Bescheid:

„Auf die uns heute von Ihnen zugefandte Anzeige beabsichtigen Sie am Sonntag, den 29. Juni d. J., auf dem Grundstück des Eigenthümers Johann Werdermann hieselbst eine Wählerversammlung abzuhalten, in welcher über die hier bevorstehende Reichstagswahl berathen werden soll. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß nach § 17 des Wahlgesetzes vom 31. März 1869 die Wahlberechtigten das Recht haben, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten.“

Versammlungen unter freiem Himmel zur Besprechung über Reichstagswahlen sind daher nicht gestattet. Gleichzeitig weisen wir Sie auf die Bestimmungen des § 17 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1869 hin, nach welchem die Teilnehmer an einer nicht erlaubten Versammlung unter freiem Himmel mit Geldbuße von 3—15 M., derjenige aber, welcher zu einer solchen Versammlung auffordert oder auffordern läßt oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, mit Geldbuße von 15—150 M. oder mit Gefängnis von 3 Tagen bis zu 3 Monaten bestraft wird.“

Die Polizeiverwaltung.  
gez.: Korte.

Darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung zu Unrecht verboten und ein gar nicht anwendbarer Paragraph des Wahlgesetzes angezogen sei, weil Versammlungen unter freiem Himmel dem § 9 des Vereinsgesetzes unterständen, erklärte der Herr Bürgermeister, daß er selbst etwas ganz anderes aus dem § 17 des Wahlgesetzes herauslese, die Versammlung aber trotzdem nicht freigeben könne, da er die strenge Anweisung von seiner vorgesetzten Behörde habe, so und nicht anders zu verfahren.

In Strassburg ließ die Polizei den Einberufer zu sich kommen und wirtte so lange auf denselben ein, bis er die Versammlungsanzeige zurückzog.

In Angermünde hat die Polizei ebenfalls eine Versammlung auf dem Grund und Boden eines Parteigenossen verboten, nachdem der Wirth zu einer schon genehmigten Versammlung seinen Saal nicht mehr hergeben wollte.

Wenn daher auch diesmal noch ein Theil der Arbeiter für konservatieve und freisinnige Stimmen werben, dann können diese Herren wirklich nicht stolz auf einen so erregenden Sieg sein, den sie lediglich der Verweigerung und Nachlässigkeit der Sozialdemokraten zu verdanken haben, nicht aber ihrer überzeugenden Beredsamkeit und Stichthaltigkeit ihrer Ideen und Grundsätze, wenn von lehteren überhaupt die Rede sein kann.

Das Kriegsgespenst hat auch dort wieder, weil einseitig dargestellt, ganz gewaltig gespuht und so wird von unserem Standpunkte aus, gleichviel wer Sieger bleibt, auch diese Wahl, wie so viele andere, nur als ein Angstprodukt bezeichnet werden können.

**Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher** und verwandten Berufsgenossen Berlins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Bölsche über: Seele und Geist. 2. Diskussion. 3. Vereinedenes. 4. Fragelasten. — Redner führte u. a. folgendes aus: Schon von Alters her ist der Mensch stets bereit, eine jede nicht ganz erklärlich erscheinende Wirkung der Natur als etwas übernatürliches hinzustellen. Wilt und Donner sollen den Ausdruck eines zürnenden Gottes darstellen u. s. w., ganz besonders aber ist es die sogenannte geistige Thätigkeit des Menschen, die für etwas natürliches zu halten ein beschränkter Menschenverstand nicht im Stande ist. Auch hat die Theologie der heutigen Gesellschaft die Lehre eingepaukt, der Geist sei ein selbstständiges, mit ihrem Gotte in enger Beziehung stehendes Wesen, welches seinen Wohnsitz nur vorübergehend im menschlichen Körper genommen, und nach dem Absterben des lehteren in einer anderen Gestalt weiter lebe. Doch Beweise hierfür zu erörtern, ist die Theologie nicht im Stande, sondern sie stützt sich bloß darauf, daß ein gläubiges Menschenkind eben das für wahr hielt, was die Theologie ihm zu erzählen, für gut befindet. Doch das scharfe Schwert der modernen Wissenschaft hat dieses Kartenhaus der Theologie vollständig gertrümmert, denn durch unvermeidliches Fortschreiten der Naturwissenschaft sind eine ganze Masse von Beweisen erbracht, welche einen jeden vernünftigen Menschen klar überführen müssen, daß die geistige Thätigkeit nur der Ausdruck des menschlichen Organismus ist, und von einer Trennung dieser beiden Theile des menschlichen Körpers, sowie von einem Fortleben des Geistes nach dem Absterben des Körpers durchaus nicht die Rede sein kann. Redner führte dann noch aus, in welcher bedeutendem Maße die wirtschaftlichen Verhältnisse des Menschen auf die Beschaffenheit des Geistes einzuwirken im Stande sind, und wie ein Mensch, der nicht in der Lage ist, seinem Körper genügende und angemessene Nahrung zuzuführen, oder dazu gezwungen ist, in schlechter Luft und ungesunder Wohnung seine Tage zuzubringen, in sehr vielen Fällen auch geistig verunstaltet. Da aber diese lehtangeführten Umstände bei einer großen Masse der heutigen Arbeiterchaft vorhanden sind, so ist es Pflicht eines jeden rechtlich denkenden Menschen, dahin zu wirken, daß diese mißlichen Verhältnisse beseitigt werden, und so den dortenden Proletariat die Möglichkeit gegeben wird, sich seinen natürlichen Anlagen gemäß zu entwickeln und ein menschenwürdiges Dasein zu fristen. Redner beifall lobte den Redner für seinen interessanten Vortrag. Diskussion hierüber fand nicht statt. Im Verchiedenen giebt der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand sich veranlaßt gesehen hätte, den streikenden Webern in Gera 25 M. zu übersenden. Ferner wurde der Antrag gestellt, den ausgesperrten Arbeitern Hamburgs 30 M. zu drücklingen. Es wurde demgemäß beschlossen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß Montag, den 7. Juli, Versammlung in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20, und Montag, den 14. Juli, das Sommerfest des Vereins in Klein's Bollgarten (Gartenstraße) stattfinden. Die Kollegen werden erucht, hierfür eifrig Propaganda zu machen.

**Eine Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gewerblichen Verhältnisse der Köpfer Berlins**

und Umgegend wurde am 22. Juni in Mehner's Gesellschafthaus, Landbergerstr. 37, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über Unabhängigkeit der Ueberzeugung. 2. Stellungnahme zur Feier des zweiten Stiftungsfestes. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten, abgehalten. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und für angenommen erklärt. Weil der Referent noch nicht erschienen war, wurde beschlossen, den zweiten Punkt der Tagesordnung zuerst zur Verhandlung gelangen zu lassen. Hierzu stellte Herr Karson einen Antrag, ein Vergütungskomitee zu wählen. Dieser Antrag wurde unterzigt. Es wurden gewählt die Herren Hoffmann, Niesche, Engel, Karson, Dornbusch, Waldau und Jomede. Hiermit war der zweite Punkt erledigt. Inzwischen war der Referent erschienen und der Vorsitzende ertheilte demselben das Wort zum Vortrag über Unabhängigkeit der Ueberzeugung. In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort. Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurde ein vom Bibliothekar gestellter Antrag angenommen, die erste Serie der Berliner Arbeiterbibliothek anzuschaffen. Von Herrn Peters ging ein Antrag ein, da über den Restaurateur Dillenberg, Reindendorferstraße, wo sich die Zahlstelle unseres Vereins befindet, Klagen geführt werden, die Sache genau zu untersuchen event. die Zahlstelle zu verlegen. Die Krankenunterstützung wurde für diesen Monat pro Woche auf 3 M. erhöht. Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Münzerpost ging ein, die noch vorliegenden Anträge zur nächsten Mitgliederversammlung zu vertragen und "Verschiedenes" als ersten Punkt der Tagesordnung aufzusetzen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend** hielt am 26. Juni in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, eine beschließende Mitgliederversammlung ab. Zunächst hielt Kollege Gerisch einen sehr interessanten Vortrag über unsere gegenwärtige Lage. Redner führte ungefähr aus, daß das Ausnahmegesetz wohl so gut wie todt sei: wer aber glaubt, daß nun auch der Kampf der herrschenden Klasse um die Erhaltung ihrer Privilegien nicht in derselben Form weiter geführt werde, der sei d. r. die schroffe Stellung des Kapitals der Demonstration des 1. Mai gegenüber sehr bald eines Besseren belehrt worden. Es ist nur die eine Waffe, welche sich infolge der sicheren und ruhigen Taktik der Arbeiter (L. durchaus wirkungslos erwies, bei Seite gelegt worden; wir müssen uns jedoch sagen, daß dafür bereits 10 neue Waffen geschmiedet und auch teilweise schon in Gebrauch gekommen sind. Das politische Ausnahmegesetz ist gefallen, aber die vereinigten Kapitalisten beginnen bereits Ausnahmegesetze in ihren betreffenden Fabriken einzuführen. Auf welcher Basis der Kampf jetzt geführt werden soll, zeigt das Vorgehen in Hamburg. In jüngster Zeit habe hier eine Versammlung der Interessenten der Holzbranche mit der Tagesordnung: "Was beginnen wir, um die Macht der Fachvereine zu brechen" stattgefunden, zu welcher durch streng vertraulich bezeichnete Auftrüge eingeladen worden ist. In dieser Versammlung, die ohne polizeiliche Ueberwachung tagte, und wo eifrig herumpromotiert wurde, ob nicht ein rüdises Schaaf sich unter die fromme Heerde verirrt hatte, sprachen sich die Herren tabula rasa gemacht werden müsse. Der Arbeitsnachweis würde jedenfalls den streitigen Punkt bilden, um den der Kampf zuerst abzuwickeln werde. In der Holzbranche sei bereits seitens der Fabrikanten ein Arbeitsnachweis errichtet, und auch die Eisenindustrie sei in dieser Richtung wieder an der Arbeit. Daß wir es mit einer ganz veränderten Situation thun zu haben, habe der 1. Mai gezeigt, denn die Fabrikanten wären dieser Demonstration nicht so energisch entgegengetreten, wenn sie nicht größere Pläne vorgezeichnet hätten. Der 1. Mai hat gezeigt, daß wir es mit einer geschlossenen Macht zu thun haben. Wenn es das Kapital seine Arbeitskräfte von einer Zentrale herheben kann, dann werden wir noch unser blaues Wunder erleben. Jeder Genosse, der sich nur irgendwie mißliebig gemacht, wird dann unbedingt und für immer in seinem Verusse arbeitslos gemacht. Die Metallindustrie wird jedenfalls den ersten Stoß auszuhalten haben, denn diese ist jetzt auf der Stufe der Entwicklung gelangt, wo es möglich ist, wie dies auch in den größeren Fabriken bereits geschieht, nicht bloß gelehrte Metallarbeiter zu beschäftigen, sondern Angehörige sämtlicher Berufsweige als Metallarbeiter einzustellen. Darum müssen wir uns wappnen, um auch aus diesem Kampfe, wie aus dem politischen, als Sieger hervorzugehen. Die Metallarbeiter mühten sich aufzusuchen und in einer großen Organisation seit zusammenzuschließen, dann würden auch die neuen Waffen der Reaktion zerschellen. Reicher Beifall belohnte den Redner. Hierauf wird beschlossen, am 16. August ein Sommerfest in der Elysäischen Saal (Friedrichshain) seitens des Vereins abzuhalten und im November oder Dezember ein Stiftungsfest zu veranstalten. In die Vergütungskommission für beide Bergnigten wurden die Kollegen Peiz, Wandelt, Schiefel, Jalejski und Braun gewählt. Der von den Kollegen Schrader und Pawlowitsch aus Anlaß der Reise beantragte Ausschluß der Kollegen August Meyer und Schönborn aus dem Verein wird nach längerer Debatte durch den Beschluß erledigt, daß es den beiden Kollegen - dieselben sind mit 14 resp. 8 Monaten Beitrag im Rückstand und laut Statut deshalb nicht mehr Mitglieder - jederzeit freie steht, unter Nachzahlung der restierenden Beiträge in ihre alten Rechte als Mitglieder einzutreten. Ein Unterstützungsaufruf der streikenden Kupferhämmerer mußte leider abgewiesen werden, da der Verein infolge der Maßregelungen vom 1. Mai selber den Klingelbeutel schwingen muß.

**Eine große Versammlung des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend** tagte am 25. Juni cr. Abends in Reuz's Salon, Rannunstr. 27, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille, über: Kampf ums Dasein in der Volkswirtschaft. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Der Referent führte in dem Vortrage, der vielfach vom Beifall unterbrochen wurde, folgendes aus: Schon in der Schule haben wir gelernt, und die Bibel will es nachweisen, daß die Welt und Alles was darin ist, von Gott geschaffen ist. Diese Lehre kann vor der Wissenschaft nicht mehr bestehen, sondern durch dieselbe sei festgestellt, daß die Erde und die Lebewesen sich aus unseheinbaren Anfängen zu der jetzigen Vervollkommenheit entwickelt haben. Diese Entwicklung führt der Referent folgendermaßen auf den Kampf ums Dasein zurück: Wenn zwei Pflanzen oder Thiere einander feindlich gesinnt sind, findet ein Kampf statt, in dem stets der Stärkere siegt, indem der Stärkere dem Schwächeren dasjenige entzieht, was ihm zur Existenz notwendig ist und dadurch ganze Kategorien ausgerottet werden. Wie bei den Pflanzen und Thieren ist es auch bei den Menschen. Schon die Geschichte lehrt, daß durch den Kampf von Mensch gegen Mensch sehr viel Blut geflossen ist und dadurch ganze Völker und Nationen zu Grunde gegangen sind.

In gleicher Weise gilt daselbe von Kapitalisten und Proletariern. Redner führt aus, wie beide erbittert ringen, um jeder möglichst viel für sich zu haben. In diesem Kampfe gibt es zwar keine blutenden Wunden, doch sind die Wunden, die durch überlange Arbeitszeit und schändliche Ausbeutungsfucht geschlagen werden, nicht minder gefährlich. Außerdem öffnet sich für Menschen, der in die industrielle Hölle verdammt ist, das Arbeitshaus, indem sie dort von Stufe zu Stufe sinken, weil sie erst da das lernen, was sie noch nicht kannten, und dann dauert es nicht lange, thut sich das Zuchthaus vor ihnen auf; Redner nennt diese Anstalten Elementarschulen des Verbrechens.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden: Wie ist das zu ändern? Fürst Bismarck und Andere antworteten seiner Zeit, der Kampf ums Dasein ist ein Naturgesetz, folglich ewig. Redner weist nach, daß dies falsch ist und kommt zu dem Schluß, daß wenn die entgegengesetzten Interessen fortfallen, der Kampf aufhören müßte. Der Kapitalist ist im Besitz der Arbeitsmittel, folglich muß der Arbeiter, der mit seinen bloßen Händen nichts schaffen kann, sich die Arbeitsinstrumente leihen, wobei

natürlich der Kapitalist so viel wie möglich für sich behält; Redner führt an, daß, wenn diese Arbeitsmittel, Fabriken, Maschinen u. s. w. Gemeingut würden, die Wurzel der Zwietracht ausgerottet wäre, er weist dabei auf die Staatsbetriebe, Eisenbahnen, Monopole u. s. w. hin, die besser funktionieren als Privatunternehmen, nur müßte der Ertrag im Interesse der Gesamtheit verwendet werden. Zum Beispiel würde das Drinocothal bei richtiger Bebauung und bei Verwendung des Dampfzugs, der die noch nicht ausgefogene Erde besser an die Oberfläche wirft, im Stande sein, die ganze Erde mit Brot zu versorgen. Redner meint, daß 95 pCt. Arbeiter wohl fordern könnten, auch Theil zu haben an den Annehmlichkeiten, welche auf der Erde in großer Masse vorhanden sind, und daß der Moment kommen wird, wo sie selbst die Wurzel, nämlich die Interessengegenstände austrotten werden. Redner weist ferner hin auf den Kampf zwischen Kapitalist und Kapitalist. Dort ist der Kampf um's Dasein derselbe wie in den angeführten Fällen, Redner meint, daß nicht nur der wirtschaftlich Stärkere, sondern auch der geistig Begabtere siegen kann, indem er durch Klugheit und Geschick seinen Gegner überwinden kann. Dabei kommt nun noch ein Faktor in Betracht und das ist die Schlaueit. Redner wirft die Frage auf: Ist die Schlaueit eine Eigenschaft? Redner weist nach, daß die Tugend, auch geistige und körperliche Tüchtigkeit selten siegen, und vergleicht die Schlaueit mit einem Schwamm, der mit Galle getränkt ist. Er fährt aus, daß, wenn der Kampf ums Dasein sein Ende erreicht hat, sich die Menschen nicht in den Himmel, aber hinauffschwingen werden zu reinere Höhen. Es fließt aber ein Wasser, das die Wunden, die der Kampf geschlagen hat, auswaschen und Trost und Heilung bringen wird, das ist die Arbeiterbewegung. Sie besteht aus vielen Quellen, dieselben werden die Flüsse werden, die Flüsse werden einen großen Strom bilden, diesen wird nichts hemmen, alles Entgegenstimmige wird nichts nützen, er wird die alte Welt überfluthen und alles mit sich fortziehen, und aus der Ueberfluthung wird neue Saat und neue Frucht und neue Menschen entstehen, damit das Wort des Propheten Jesajas von einer besseren Welt zur Wahrheit werde, wie auch Jesus nicht ein himmlisches, sondern ein irdisches Paradies im Auge gehabt hat. (Großer anhaltender Beifall.) Ein Antrag, die Diskussion nicht stattfinden zu lassen, da dieselbe den Vortrag nur abschwächen würde, wird angenommen. In die Arbeitsnachweiskommission werden die Kollegen Pinkelt, Böhm, Nieme, Maier, Stadie, Bernau und Steinweg gewählt. Dabei macht Kollege Wänther darauf aufmerksam, daß, wenn die Kollegen irgend wischen, wo ein Arbeiter gebraucht wird, sie es der Kommission melden müßten. Sehr kritisiert wurde das Verfahren des Verlegers des "Lokal-Anzeiger", Herrn Scherl, seinen Sebern gegenüber, und wurde angeordnet, den "Lokal-Anzeiger" nicht zu lesen. Kollege Schmidt verlas noch einen Leitartikel nebst Gedicht, der den Arbeitern wieder etwas Entfaltung predigte, was zu großer Heiterkeit Veranlassung gab.

**Eine große Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie** hatte am Montag Abend den May'schen Saal mit über 500 Personen gefüllt. Vorsitzender und Referent über den ersten Punkt der Tagesordnung: "Der vom 12. bis 16. August cr. stattfindende deutsche Schneider-Kongress, seine Tagesordnung und die zu derselben zu stellenden Anträge, war Herr Pfeiffer. Er theilte einleitend die Gründe der Einderung des Kongresses mit, dessen Ort noch nicht bestimmt sei, für den sich aber mit Ausnahme Hannover's alle deutschen Großstädte ausgesprochen hätten. Hauptgegenstände der provisorisch aufgestellten Tagesordnung werden sein die Fragen der Hausindustrie, der Organisation und Agitation. Die Diskussion darüber war eine äußerst rege, sich bis weit über Mitternacht hinaus ausdehnende. Es nahmen an derselben Theil u. A. die Damen Frau Kubela und Bräulein Wabnitz, die Herren Kroll, Lasterow, Biefemann, Schulz, Pohl, Böglberger und Pfeiffer. In einer demnächst tagenden Versammlung sollen die Delegierten gewählt werden. Mit dreifachem Begeisterung hoch auf die Eingieit der Schneider schloß die animirte Versammlung.

**Der sozialdemokratische Wahlverein Cello-Charlottenburg** hielt am 24. v. M. seine Mitgliederversammlung im Saale "Bismarckhöhe" in Charlottenburg ab, zu welcher auch Reichstags-Abgeordnete Herr Wurm erschienen war, welcher einen 1 1/2 stündigen Vortrag über Arbeiterschutz in Deutschland hielt. Der Vortrag wurde oftmals mit stürmischem Beifall unterbrochen. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichstags-Abgeordneten Wurm voll und ganz einverstanden, beschließt ferner: die Arbeiterschutzgesetze-Anträge, die von der Regierung beziehungsweise dem Bundesrath gestellt sind, nicht für zweckentsprechend zu erklären, vielmehr die von der sozialistischen Reichstagsfraktion gestellten Anträge, im deutschen Reichstages hoch zu halten.

Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die in der vorigen Versammlung beschlossene Landpartie wurde vertagt bis zur Passafestier.

**Schlächtergesellschaften Berlins!** Am Sonntag, den 6. Juli, Nachmittags 4 Uhr, findet in May's Saal, Reuzstr. 22, eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellschaften Berlins und Umgegend statt. Tagesordnung: 1. Die Gewerkschafts-Organisation und die moderne Arbeiterbewegung. Referent: Staats. Otto Klein. 2. Diskussion. 3. Gründung eines Vereins event. Wahl einer Statutenberathungs-Kommission. 4. Verschiedenes. - Zur Deutung der Untoten findet eine Zellerammlung statt. - Schlächtergesellschaften Berlins und Umgegend! In allen Gewerken bricht sich immer mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß nur allein in der Vereinigung ein wirksames Mittel gefunden werden kann, um die berechtigten Interessen der Arbeiter zu wahren. Je größer, je zahlreicher eine Vereinigung ist, desto mächtiger wird stets dieselbe sein. Aus diesen Gründen halten wir eine große Organisation der Berliner Schlächtergesellschaften für eine unbedingte Nothwendigkeit. Ueberall machen sich solche Bestrebungen kund, und wir Schlächtergesellschaften sollten die Besten sein? Nein, gewiß nicht! Kollegen! Es gilt zu beweisen, daß wir nicht hinter anderen Gewerkschaften zurückgeblieben sind. Wohlan denn! Thue Jeder seine Schuldigkeit und Sorge dafür, daß die Versammlung recht zahlreich besucht werde, zu unserer Ehre und Freude.

**Groß-Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins** sämtlicher Berufsweige Berlins und Umgegend (Hilfs-1) Woodin am Mittwoch, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, bei Jäger, Bismarckstr. 83.

**Große öffentliche Versammlung der Müller, Mühlenarbeiter und Berufsgenossen** am Mittwoch, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, in Schepfer's Salon, Infanterstr. 10.

**Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausarbeiter** (S. 61). Donnerstag, den 17. Juli, Abends 9 Uhr, Neue Grünstr. 28 bei Jordan: 1. erdentliches Generallandtag.

**Die Kreisvereine von Hedorf** hält am 2. Juli ihre beschließende Mitgliederversammlung in Hedorf, Veltenerstr. 100 bei Hammer, Abends 8 1/2 Uhr ab.

**Öffentliche Versammlung der Metallarbeiter** der Was-, Wasser- und Dampfmaschinen-Branche. Mittwoch, den 2. Juli, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Jäger, Wilmstr. 11. Tagesordnung: 1. Die Sonntagstrube der Kaufleute und das Verhalten der Berliner Erfindung deutscher Kaufleute. Referent: Reichstags-Abgeordneter Dresden. 2. Stellungnahme zur Zentral-Steuer-Kontrollkommission. 3. Diskussion. Die hierbei interessierten Reichstags-Abgeordneten Dr. Wittte, Goldschmidt, Dr. Tisch und Bechtold sind besonders eingeladen. Der hochachtbare Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin pünktlich zu erscheinen.

**Verband deutscher Maschinen- und verwannten Berufsgenossen. Zahlreiche Berlin.** Generallandtag am Mittwoch, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Vuffenbüchlers Klubhaus, Annenstraße 13. Tagesordnung: 1. Referat über das 3. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 3. Bericht der Revisionkommission. 4. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. 5. Verschiedenes und Fragekasten. 6. Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedschaft legitimiert. Am pünktlichen Erscheinen wird ersucht. - Der Arbeitsnachweis befindet sich Annenstr. 10 im Restaurant und

ist geöffnet jeden Abend von 8-9 Uhr. Sonntags Vormittags von 10-11 Uhr. Besetzt wird jedem Kollegen (auch Nichterwerbungsmitgliedern) unentgeltlich Arbeit nachgewiesen, und zwar nur in der Weise, in denen unsere Forderungen berücksichtigt sind. Nach Mitgliederbezüge werden im Arbeitsnachweis entgegengenommen.

**Große öffentliche Versammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen** am Mittwoch, den 2. Juli cr., Abends 8 Uhr, in Reuz's Salon, Rannunstr. 27.

**Eckverein der Tischler.** Mittwoch, den 2. Juli cr., Abends 8 1/2 Uhr in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28: Vorstandssitzung. Bevollmächtigter und Protokollführer der verschiedenen Gattungen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

**General-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins** des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises am Mittwoch, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale "Königshaus", Frankfurterstr. 117.

**Öffentliche Versammlung** der zur Zentral-Steuer-Kontrollkommission gewählten Delegierten am Donnerstag, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.

- Gesang-, Turn- und gesellige Vereine** am Mittwoch. Männergesangsverein "Jugendlied" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Voss, Carles Straße 102. - Männergesangsverein "Gacilia" Abends 9 Uhr im Restaurant Köpenickerstr. 127A. - Gesangsverein "Männerchor Einde" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Heller, Mouninstraße 70. - Männergesangsverein "Sangesverein" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Wusthof, Landbergerstr. 21. - Gesangsverein "Jugend" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Dencke, Große Hamburgerstr. 16. - Duppert'sche Sängervereinigung jeden Mittwoch nach dem Ersten im Roman Abends 9 Uhr im Restaurant Heise, Reichenbergerstr. 21. - Seeger'scher Gesangsverein Abends 9 Uhr im Restaurant Wend, Blumenstraße 46. - Gesangsverein "Schwungrad" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Sahn, Annenstr. 18. - Männergesangsverein "Vorwerk" Abends 9 Uhr im Restaurant Nord-Oranienstr. 10. - Gesangsverein "Nord-Jubiläum" Abends 9 Uhr im Garten Viehwass, Beteranenstr. 10. - Gesangsverein "Jugendlied" Abends 8 1/2 Uhr in der Niederstr. 127a bei Gering. - Männergesangsverein "Schneeglöcher" Abends 9 Uhr im Restaurant Teuberstein, Mariannenstr. 21-22. - Gesangsverein "Sängerverein" Abends 8 1/2 Uhr Südamerik. 9. - Verein "Sangesverein" im Restaurant Hentel, Brüderstr. 26 L. Uebungsstunde von 8-11 Uhr Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant "Sängerverein" Abends 9 Uhr bei Poholdt, Reichenbergerstr. 19. - Männergesangsverein "Schneeglöcher" Abends 9 Uhr im Restaurant Steinhilber, Weichstr. 16. - Gesangsverein "Süd-Öst" Abends 9 Uhr 9. - Bismarck-Gesangverein. - Lied-Verz. der Turnvereine (1. Teilungs-Abteilung) Abends 8 1/2 Uhr Elisabethstr. 67-69. - Turnverein "Wedding" Pankstr. 9. Männerabteilung von 8-10 1/2 Uhr Abends; desgleichen 1. Teilungsabteilung von 8-10 Uhr Abends. - "Mein Licht", Verein für Scher und Ernst, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Heid, Pragerstr. 204. - Schleißer-Verein "Solit" Abends 9 Uhr im Restaurant Weid, Weidener Straße 105. - Vergnügungsverein "Fröhlichkeit" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Böber, Gruner Weg 29. - Wissensch. Verein für Arbeiter beim Studentenverein Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Besse, Alte Schönhauserstraße Unterrichts- und Uebungsstunde. - Köller'scher Stenographverein Süd-Beim Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Erlangerstr. 27. Sitzung und Uebungsstunde Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant "Amicitia" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Schönbauerstr. 6. - Krenz'scher Stenographverein "Christ" Abends 9 Uhr im Restaurant "Wilhelmshafen", Kochstr. 7. - Stenographisch-Gesellschaft Abends im Restaurant Bürgergarten, Lindenstr. 105. Unergrüthlicher Unterricht und Uebung. - Berliner Musikklub "König" Abends 9 Uhr im Restaurant Hoge, Köpenickerstr. 191. - Musikklub "Cavanna" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Gahrdorf, Reichenbergerstr. 19. - Musikklub "Gemüthlichkeit" Abends 9 Uhr im Restaurant Weid, Köpenickerstr. 101. - Musikklub "Columbia" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Dreyer, Weidenerstr. 107. - Musikklub "Jubel" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Dreyer, Weidenerstr. 27. - Musikklub "Kaiser" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Schönbauerstr. 22. - Freizeitsportverein "König" Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Schönbauerstr. 22. - Vergnügungsverein "Fröhlichkeit", gegründet 1898 Abends 8 1/2 Uhr, Gruner Weg 29. - Schach-Klub "Eintracht", gegründet 1900 Abends 8 1/2 Uhr bei Dr. Adiel, Widenrstraße 69. - Gesangsverein der Zanzibar-Berliner, jeden Mittwoch im Restaurant Schönbauerstr. 20, von 8-11 Uhr Abends. Unterhaltungsverein "Harmonia". Sitzung Abends 9 Uhr in Eisdreieckstr. 11 bei Weid. - Tandemverein "Kreisel", 8 1/2 Uhr. Uebungsstunde bei Weid. - Räderfahrverein, Aufnahme neuer Mitglieder. - Männergesangsverein "Eintracht", Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Heise, Blumenstraße 46. - Jäger'scher Gesangsverein bei Wusthof, Landbergerstr. 21, Abends 8 1/2 Uhr. - Kunstklub "Kunst-Kreis", Abends 9 Uhr im Restaurant Wusthof, Landbergerstr. 21, Abends 8 1/2 Uhr. - Vergnügungsverein "Kreisel", Abends 8 1/2 Uhr bei Weid. - Mariannenstraße 21-22: Sitzung. Nach der Sitzung Tanz, von 8-11 Uhr. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cultivierung beizufügen, Briefkasten-Nummer mit Angabe der Redaktion.

- E. A.** Wenn Sie die Sachen einlösen und für Ihre Miethforderung als Eigenthum behalten, so riskiren sie allerdings, daß der Schlafbürsche Sie für den Schaden, der ihm nachweislich daraus entfällt, verantwortlich macht. Es bleibt Ihnen aber ein anderer Weg nicht übrig, da Sie den Aufenthalt des Schlafbürschen im Ausland nicht kennen, und ein Prozeß daher viel kostspielig wäre. Strafen machen Sie sich keineswegs.
- G. Lauffer Mayr.** 1. Eine Erbschaftsfrage ist beim Amts- oder Landgericht einzureichen. Sie können dieselbe auf der Urmeldestube (Neue Friedrichstr. 19) zu Protokoll geben. 2. Die Forderung des Schlafbürschen für Mieth verzinst in 4 Jahren seine Forderung für Essen, Trinken und sonstige Auslagen in 30 Jahren.
- A. 3.** An sich dürften Sie die in die Wohnung eingebrachten Sachen nicht verkaufen. Man kann aber wohl annehmen, daß Sie in gutem Glauben gehandelt hatten, weil der Wirth sein Retentionrecht nicht erklärt hatte, und Sie genügend Sachen in der Wohnung zurückgelassen hatten, um die Miethforderung des Wirthes zu decken.
- W. S. Feldstr.** 1. Frau D. ist an ihr Wort gebunden und kann nur die 32 Thlr. verlangen, wenn Sie nicht etwa in ihrer nachträglich erhöhte Forderung ausdrücklich gewilligt haben. 2. Herr F. ist berechtigt, mit Genehmigung der Wirthin die Wohnung bis zum 1. April Ihnen zu überlassen.
- J. 77.** 1. Ein Arbeits- und ein Sonntagsgang müssen als unentgeltlich von der Pflanzung ausgeschlossen bleiben. 2. Bis zu 1 Jahr.
- Ch. 3. 300.** Wer gewerbsmäßig einen Speiseisch überbreitet 6 Personen hält, muß das Gewerbe zum Zwecke der Besteuerung des dem Magistrat anmelden. Die jährliche Steuer beträgt mindestens 24 Mark.
- J. W. 100.** Fragen Sie unter Angabe der genauen Personalverhältnisse und der letzten Wohnung des Gesuchten beim Einwohner-Meldeamt nach.
- G. S. G. 11.** Sie können, da Sie vom Vertrage, aus welchem dieser nur mündlich geschlossen, zurückgetreten sind, doch mit Draufgeld nicht zurückfordern. Es ist nicht richtig, daß man befreit ist, einen Miethvertrag einseitig binnen irgend einer Frist wieder aufzuheben.
- G. St.** 1. Auch wenn es sich um eine Zehnschuld handelt kann der Gläubiger nicht gezwungen werden, Ratenzahlungen anzunehmen, sondern kann das Ganze auf einmal verlangen. 2. Der Ausdruck "Schlump" enthält eine strafbare Beleidigung.
- H. Schmidtstraße.** Das Vermögen eines Minderjährigen, welcher sich unbefugt der Wehrpflicht entzogen hat, kann durch Gerichtsbeschlus beschlagnahmt werden.
- H. S. Admiralskr.** Soweit Ihre Forderung daraus entstanden ist, daß Sie dem Minderjährigen die dringendsten Lebensbedürfnisse gewährt haben, können Sie dessen Vater in Anspruch nehmen.
- O. G. 5.** Ein Dienstmädchen muß 6 Wochen vor Quartalschluß kündigen, also z. B. am 15. August um 1. Oktober. Solange eine andere Kündigungsfrist ausgemacht, so gilt diese.
- A. 100.** Der Nachlaß Ihrer verstorbenen Schwester fällt an den Vater und die Geschwister, und zwar erhält Jeder einen Kopftheil.
- A. 3. 229.** Für die Alimentenforderungen von unbefriedigten Kindern ist Haftarrest nicht zulässig.
- E. C. 37.** Da Ihnen die Beschaffung eines Tauffcheines unmöglich ist, so geben Sie und Ihre Geschwister vor dem Standesbeamten eidstattliche Versicherungen über Ihr Alter unter Ihrer Eltern ab. Will der Standesbeamte nicht darauf einzugehen, so beschweren Sie sich bei der Zivilkammer des Landgerichts.
- Hildorf.** Eine solche Doppelbesteuerung ist unzulässig. Sie können die beiden Gemeinden beim Bezugs- resp. Kreis-Ausschuß verklagen.
- W. Langstraße.** Es kommt auf den näheren Inhalt der Abrede an, ob und wie lang der Miethgeber zahlen muß.
- E. 3.** Wenn Sie, ohne Widerspruch zu erheben, die Arbeit fortfahren, nachdem Sie aus dem ausgehängten Plakate erfahren haben, daß in der Werkstat keine Kündigung stattfindet, so haben Sie sich stillschweigend dieser Bestimmung unterworfen und können, jedenfalls nach der von den hiesigen Gerichten stets ausgesprochenen Ansicht, jederzeit entlassen werden.